



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

83. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:57 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke, Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen** (*fortlaufende Berichterstattung der Landesregierung*) **5**
 - Präsentation durch Dr. Raoul Meys (Carbon Minds) und Christoph Kappenhagen (ChemCologne) (*Präsentationsvorlage siehe Anlage 1*)
 - Wortbeiträge

- 2 NRW muss funktionieren: mit sozialer Sicherheit die Wärmewende in Deinem Viertel auf Augenhöhe gestalten!** **26**
 - Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13813
 - Ausschussprotokoll 18/963 (Anhörung vom 09.09.2025)
 - Wortbeiträge
 - Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

3 Reha-Land Nordrhein-Westfalen stärken – Rehabilitationseinrichtungen und Kurorte unterstützen! 29

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/13821

Ausschussprotokoll 18/1051 (Anhörung vom 12.11.2025)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 NRW muss funktionieren – Investitionsstau in NRW angehen 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/14010

Ausschussprotokoll 18/1048 (Anhörung vom 11.11.2025)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

5 Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/16518

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/16930

– keine Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag aus der Obleuterunde, eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags durchzuführen und die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen auf den 30. Januar 2026 zu legen.

- 6 Drohende Vollbremsung bei der Solarenergie: Wie will die Landesregierung den PV-Ausbau ankurbeln?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 2])* **38**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4472
- Wortbeiträge
- 7 Wie nutzt die Landesregierung die Verpachtung landeseigener Flächen für die Windenergie als Einnahmequelle?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])* **41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4477
- Wortbeiträge
- 8 Streit um den Emissionshandel: Wird der Chemie- und Raffineriepakt Opfer grüner Wirtschaftspolitik?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 4])* **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4603
- Wortbeiträge
- 9 Aktuelle Entwicklungen beim THTR-300** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **51**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 10 Verschiedenes** **53**
- keine Wortbeiträge

1 **Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen** *(fortlaufende Berichterstattung der Landesregierung)*

– Präsentation durch Dr. Raoul Meys (Carbon Minds) und Christoph Kopenhagen (ChemCologne) *(Präsentationsvorlage siehe Anlage 1)*

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich freue mich, heute zwei Gäste begrüßen zu dürfen. Schön, dass Sie da sind! Auf unsere Einladung hin sind Herr Dr. Raoul Meys von Carbon Minds sowie Herr Christoph Kopenhagen von ChemCologne gekommen, um uns hier im Ausschuss ihre Studie zur treibhausgasneutralen Chemie im Rheinland vorzustellen. Herr Dr. Meys, Sie haben eine Präsentation vorbereitet, für die ich Ihnen direkt das Wort erteile.

Dr. Raoul Meys (Carbon Minds): Danke für die Einladung; wir sind natürlich gerne hier.

(Folie 1)

Mit der Präsentation werde ich mich kurzhalten und am Anfang nur einen kurzen Input zu den Hauptergebnissen geben. Im Anschluss eröffne ich dann direkt die Bühne für Fragen zu dem Thema. Im Anschluss an die Präsentation gibt es auch noch Folien mit einem Haufen an Daten und vielen Ergebnissen. Bei Bedarf können wir die gerne aufrufen, um ins Detail zu gehen. Ich überlasse es den Fragenden, ob wir in die Details gehen wollen oder nicht.

Zum Hintergrund der Studie. Die Studie wurde von ChemCologne beauftragt und von Carbon Minds, einer in Köln ansässigen Firma, die sich mit der Klimaneutralität der Chemie beschäftigt, durchgeführt.

(Folie 2)

Das Ziel der Studie war es, zu schauen, was zum Erreichen von Treibhausgasneutralität im Rheinland notwendig ist. Das beinhaltet drei Dinge.

Als Erstes. Welche Technologien brauchen wir für die Klimaneutralität? Welche notwendigen Technologien sind vorhanden? Dazu gehören mechanisches und chemisches Recycling, Biotechnologien, CO₂-Nutzung, Methanol-zu-Olefinen-Technologien, Elektrifizierungstechnologien, Wärmepumpen und wasserstoffbetriebene Feuerungsanlagen.

Als Zweites wollten wir uns Ressourcen anschauen: Kunststoffabfälle, biogene Ressourcen, Kohlenstoffdioxid, erneuerbare Energien, erneuerbaren Strom und fossile Ressourcen.

Als Letztes haben wir uns die Investitions- und Betriebskosten angeschaut: Wie teuer wird es und wie können wir diese Industrie in Erwartung verschiedener Szenarien und Preisgestaltungen für Ressourcen betreiben, wenn wir 2045 Klimaneutralität erreichen wollen?

Das Ganze basiert auf einem wissenschaftlichen Modell der RWTH Aachen, an der ich promoviert habe. Wir haben die gleiche Studie auch für den globalen Chemieverband durchgeführt, der 90 % des Sales Volume repräsentiert. Wir können das Ganze

also ein bisschen in Relation zu dem, wie die Welt, der globale Chemieverband Klimaneutralität sieht, setzen.

Als Ergebnis haben wir Maßnahmen und Handlungsoptionen dafür herausgearbeitet, die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieregion in Zukunft zu erhalten und zu stärken. Wir gehen heute auch ein bisschen in die Short-Term-Diskussion, weil wir uns ja die Zukunft anschauen und die nicht unbedingt alle Aspekte der aktuellen Realität widerspiegelt. Wir haben das Ziel aber anhand der auf wissenschaftlichen Grundlagen basierenden Erwartungen definiert.

(Folie 3)

Die Studie wurde in Kooperation mit der Industrie erstellt. Wir sind alle wichtigen Botschaften, Ergebnisse und Teilaspekte durchgegangen. Wir haben 17 strategische Interviews mit regionalen Unternehmen und dann Expertenfeedbacks mit den Unternehmen geführt. Unter diesen Unternehmen waren nicht nur Industriebetriebe wie YNCORIS – Herr Kopenhagen sitzt neben mir – vertreten, sondern es waren auch die IHKs aus Düsseldorf und Köln dabei. Das ist gut, weil von denen noch ein etwas anderer Input ausgeht. Wir sind dann in bilaterale Diskussionen gegangen und haben am Ende auf Basis dieses Workflows über diese Expertendiskussionen einen Konsens und Ergebnisse geschaffen, die ich auf der nächsten Folie präsentiere.

Warum sage ich Ihnen das? Wenn es um die Vision „Klimaneutralität“ geht, ist gerade der gesellschaftliche Prozess, der Meinungsbildungsprozess unglaublich wichtig, weil sonst immer im Leeren gefischt wird. Das Ziel muss definiert werden, bevor Daten bereitgestellt werden können. Das ist das Wichtige, weswegen ich diesen von uns mit verschiedenen Playern durchgeführten Konsensprozess vorstellen wollte.

(Folie 4)

Jetzt komme ich zu den Ergebnissen. Zu jedem dieser Ergebnisse habe ich im Anhang noch detailliertere Folien, die wir besprechen könnten.

Es hat sich herausgestellt, dass es für Klimaneutralität im Jahr 2045 nicht die eine Technologie gibt. Wir brauchen nicht eine Technologie, sondern alle. Der Zugang zu dem Mix ist dabei besonders wichtig.

Drei Technologien kann man herausstellen: Vor allem Recycling, die CO₂-Speicherung und die Nutzung biogener Ressourcen sind relevant. Die CO₂-Speicherung wird benötigt, um weiterhin fossile Ressourcen verwenden und die entstehenden CO₂-Emissionen im Boden speichern zu können. Wir müssen auch sagen, dass die direkte Elektrifizierung verschiedener Technologien, zum Beispiel über Wärmepumpen und über industrielle Wärmepumpen, ein Fokusfeld dieser technologischen Entwicklung ist und gefördert werden muss.

An Ressourcen spielen natürlich besonders erneuerbare Energien eine Rolle. Kosteneffizienter erneuerbarer Strom ist für die Klimaneutralität unersetzlich, und wir brauchen entsprechend alternative Ressourcen für den Kohlenstoff, den wir bereitstellen. Wir würden vor allen Dingen Kunststoffabfälle, kleinere Mengen Wasserstoff und biogene Ressourcen auf Basis von hauptsächlich Nebenströmen oder Abfallströmen in den Fokus nehmen, also keine für die Industrie angepflanzten Materialien.

Natürlich braucht es auch die notwendige Infrastruktur. Die CO₂-Speicherung ist relevant, CO₂ muss aber auch an die Speicherstätten gebracht werden, und dafür braucht es Pipelines, Pumpen, Verdichter, die es am Ende in den Boden befördern.

Durch ein gemeinsames Vorgehen mit diesen verschiedenen Technologien können die Investitions- und Betriebskosten reduziert oder minimiert werden. Die Investitionskosten der verschiedenen Szenarien variieren zwischen 22 Milliarden Euro und 40 Milliarden Euro bis 2045. Die Investitionskosten könnten also halbiert werden, wenn die für das Rheinland richtige Kombination aus Technologien verwendet wird. Für das erwartete Volumen, das für die Chemie geliefert werden muss, gibt es teurere und günstigere Technologien.

Bei den Betriebskosten ist das noch verstärkt: Diese variieren zwischen 9 Milliarden Euro und 21 Milliarden Euro pro Jahr. Es könnte also auch hier ungefähr die Hälfte gespart werden, indem auf die entsprechenden Technologien gesetzt wird, die im Ausblick energetisch effizienter und kosteneffizienter sind.

Genau das ist der Kern unseres Modells und der Ergebnisse, die wir zeigen wollten. Im Umkehrschluss gibt es ein paar Technologien, deren Modelle zum Beispiel nicht im Fokus stehen, weil sie die Kosten erhöhen. Auf diese können wir gerne im Nachgang eingehen.

Bricht man die Ergebnisse, die ich sehr grob vorgestellt habe, auf das Thema „Wettbewerbsfähigkeit im Zukunftsausblick“ herunter – es ist vielleicht wichtig, das noch mal zu betonen –, gibt es drei Kernnachrichten, die wir herausgearbeitet haben. Außerdem gibt es in der Studie noch ein paar Subnachrichten.

Erstens. Wir brauchen eine umfangreiche Verfügbarkeit von Technologien und Ressourcen. Es ist am allerwichtigsten, dass wir vor Ort, in Europa Technologien entwickeln und die Ressourcen bereitstellen.

Zweitens. Wir brauchen – das ist auch ein Punkt, der aktuell viel diskutiert wird – faire Wettbewerbsbedingungen. Gerade zum Erreichen der Klimaneutralität besteht aktuell sicherlich ausreichend die Notwendigkeit einer Debatte, und dafür müssen die politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Nun bin ich kein Politikberater für politische Rahmenbedingungen. Das überlasse ich den Kollegen vom VCI oder anderen, mit denen gerade auch etwas beschlossen wurde. Dieser Punkt ist zwar aufgeführt, wir sind in der Studie aber nicht weiter ins Detail gegangen, was diese Rahmenbedingungen bedeuten.

Drittens. Es war sehr wichtig, diesen Punkt zu formulieren: Es braucht die Anerkennung des Verbrauchers für den Wert einer treibhausgasneutralen Produktion. Wir brauchen richtig viel Asche für die Investitionen, und man investiert, wenn man wächst, neue Anlagen bauen kann und das Zeug verkauft oder wenn wir bereit sind, die notwendigen Investitionen über Mehrausgaben wertzuschätzen, wenn wir recycelte Produkte, biobasierte Produkte, Low-Emission-Products, also treibhausgasneutrale Produkte, möchten. Das muss irgendwie – one way or the other – zustande kommen. Deswegen ist der Wert, den die treibhausgasneutrale Produktion für die Verbraucher hat, extra aufgeführt, weil er einer der Treiber dafür sein könnte, dass die Investitionen in Zukunft locker gemacht werden.

Ich glaube, dass wir jetzt noch ein bisschen in die Debatte eintreten werden. Ich habe versucht, mich kurz zu halten, und hoffe, dass Sie ein bisschen was mitgenommen haben.

(Folie 5)

Ich bin mit meinem Kollegen Christoph Kappenhagen von ChemCologne und YNCORIS natürlich bereit, Detailfragen zu beantworten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank, Herr Dr. Meys. Herr Kappenhagen, wollen Sie noch ergänzen? Sie sind derjenige, der die Studie in Auftrag gegeben hat, bzw. Ihr Verband hat die in Auftrag gegeben, oder?

(Folie 4)

Christoph Kappenhagen (ChemCologne): Das ist richtig. – Guten Morgen und vielen Dank dafür, dass wir heute hier sein dürfen. Wir wissen das sehr zu schätzen; das ist nicht selbstverständlich. Ich habe die Tagesordnung gesehen: Wir sind nur ein Punkt von vielen, hoffen aber, dass wir ein bisschen hängen bleiben, wenn Sie hier wieder rausgehen.

Raoul hat es gerade schon gesagt: Ich vertrete ChemCologne. Wir sind sozusagen ein kleiner Partner des VCI. Wir sind ein Verein und kümmern uns schon seit Jahren um die chemische Industrie. Im Namen steht zwar „Cologne“, wir meinen aber das Rheinland.

Ich trete auch sehr stark für die Chemieparcs ein, weil diese in Nordrhein-Westfalen historisch bedingt schon immer das Epizentrum der chemischen Industrie waren. Wir produzieren dort extrem effizient. Ich weiß nicht, inwieweit Sie Kenntnisse über die Chemieparcs haben, aber Sie müssen einfach verstehen, dass bei den dortigen Anlagen einzelne Firmen miteinander verbunden sind. Nebenstoffe, die bei der Produktion entstehen, kann der Nachbar gebrauchen; die sind Rohstoffe für die Nachbarfirma, die sie nutzen. Es braucht also keine Lkws, keine Kesselwagen, keine Tanks, denn das wird alles just in time verbraucht. Es gibt eine zentrale Energieversorgung, zentrale Abwasseranlagen, die hocheffizient betrieben werden können. Wenn die dortigen Chemieanlagen einzeln in Nordrhein-Westfalen oder in Deutschland verteilt wären, hätten wir ein anderes Problem. Ich kämpfe also sehr dafür, dass die Chemieparcs erhalten bleiben.

Doch Anlagen werden nach und nach geschlossen. Ich bin persönlich betroffen: Ich bin auch Betreiber von YNCORIS. Wir haben einen Chemiepark in der Nähe von Köln, nämlich in Hürth, genauer gesagt in Knapsack. Es gibt uns schon über 100 Jahre. Schon letztes Jahr haben wir einen großen Schlag abbekommen, als BASF entschieden hat, ihre Produktion und Anlage abzustellen, was BASF mittlerweile auch gemacht hat. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die eigentlich Anlagen bauen, sind jetzt damit beschäftigt, die Anlage abzubauen. Diese Woche haben wir die Botschaft erhalten, dass die Firma CABB – die stellen Monochloressigsäure her und sind auch schon viele Jahre dabei – entschlossen hat, ihre Anlage Mitte 2027 zu schließen. 84 Kollegen haben kurz vor Weihnachten die Botschaft erhalten, dass sie Mitte 2027 ihren Job verlieren werden.

Sie sehen also – das ist mir wichtig –, dass ich nicht für die großen CEOs, die Sie alle kennen, eintrete, sondern für die Kolleginnen und Kollegen, die einen guten Job haben. Gute Jobs sind mir so wichtig, gerade bei der chemischen Industrie. Ich bin 30 Jahre dabei; ich habe mit 16 Jahren in Marl-Hüls mit meiner Ausbildung angefangen und weiß, wie gut die Jobs in der chemischen Industrie sind. Es gibt eine sehr gute tariflich gesicherte Bezahlung, eine gute Versicherung, ein gutes Back-up und eine gute Altersversicherung. Ich möchte hier noch mal daran appellieren, dass Sie sich alle dafür einsetzen. Denn es geht nicht nur darum, dass die Unternehmen oder die Vorstände weiter ihre Einkommen haben, sondern es geht darum, dass die Kolleginnen und Kollegen sowie die Enkel und die Nachfolgenden sichere Jobs haben. Bei allem Respekt möchte doch niemand, dass die eigenen Enkel irgendwann für Mindestlohn mit dem Truck Pakete verteilen, sondern alle wollen für die nachfolgenden Generationen gute Jobs erhalten. Das ist mir wichtig, weshalb ich dafür mit Herzblut eintrete.

Als Zweites finde ich Folgendes – Raoul, du hast es gerade angesprochen – sehr wichtig. Sie alle kennen die Themen, den Industriestrompreis, die CO₂-Zertifikate. Wichtig ist, dass vom Markt her gedacht wird, auch wenn einige das vielleicht nicht so gerne hören. Denn die Industrie investiert nur dort, wo es einen Business Case gibt – so bitter das auch ist.

Ich nehme CCS als Beispiel. Gott sei Dank wurde nun das CCS-Gesetz auf den Weg gebracht, sodass wir investieren können. Ich kann Ihnen aber von einer Anlage bei uns berichten, nämlich vom von „EEW Energy for Waste“ betriebenen EBS-Kraftwerk. Dort wurde jetzt ein großes Projekt namens „EEW CaReS Knapsack“ gestartet. Laut des ersten Business Case ist es aber ein Verlustgeschäft, wenn Sie CO₂ abspeichern. Denn zum Beispiel wird das CO₂, das oben herauskommt, nicht komplett anerkannt, sondern es werden nur 50 % anerkannt.

Das große Thema ist also, dass wir natürlich immer vom Markt und vom Business Case aus denken müssen. Ich appelliere an alle hier: Unterstützen Sie uns bitte, wo immer Sie auch sind, dabei, dass wir die Arbeitsplätze hier auch zukünftig noch erhalten können.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank, Herr Kappenhagen. – Das waren Ergänzungen zur vorgestellten Studie. Herr Meys, Sie haben gerade ja nur die Kernergebnisse dargestellt, und alle Daten, die dem zugrunde liegen, hängen Ihrer Präsentation an. Können wir die im Nachgang verschicken?

(Kopfnicken von Dr. Raoul Meys [Carbon Minds])

– Gut.

Gibt es Fragen an Herrn Dr. Meys und Herrn Kappenhagen? – Herr Stinka.

André Stinka (SPD): Vielen Dank von der SPD-Fraktion dafür, dass wir uns heute mit dieser Studie beschäftigen. Die Fraktion beschäftigt sich schon seit Monaten intensiv mit der chemischen Industrie und Raffinerien, weil wir es auch so sehen, wie es gerade

dargestellt wurde, nämlich dass das ein Pfeiler der nordrhein-westfälischen Industrie ist. Ich habe zwei Fragen bzw. Anmerkungen.

Herr Meys, Sie haben dargestellt, es gebe einen gesellschaftlichen Prozess und Konsens. Im Moment sehe ich nicht, dass konsensual gearbeitet wird. Es gab Äußerungen von CEOs – Herr Kappenhagen hat die gerade angemahnt –, die berechtigterweise deutlich auf die Situation der chemischen Industrie hingewiesen haben, aber ganze Systeme – ich ziele ab auf das ETS I etc. – infrage gestellt haben. Wie bewerten Sie das?

Sie haben auch ausgeführt, dass viel Asche für Investitionen nötig wäre. Im Moment gibt es aber viele Bürgerinnen und Bürger, die gar keine Asche haben und sich andere Sorgen machen. Sie sprachen von einem konsensualen Prozess, aber ich glaube, dass es diesen Konsens, dass man sich auf die Reise begibt und beim Klimaschutz „Hurra“ schreit, im Moment nicht gibt. Das mag etwas überspitzt sein, aber große Teile der Bevölkerung sehen das nicht so.

Daran schließe ich eine Frage an. In der vergangenen Woche wurde zu einem Antrag von uns zur Situation der chemischen Industrie eine Anhörung durchgeführt, in der gerade die Wettbewerbsfähigkeit angesprochen wurde. Sie haben die Mengen dargestellt: 35 TWh/a Strom und 77 TWh/a Wasserstoff. In der Anhörung haben viele Unternehmen, aber auch der VCI geantwortet, dass vieles auf Eis gelegt werde. Wie beschreiben Sie denn die momentane Wettbewerbsfähigkeit?

Uns als SPD-Fraktion ist es wichtig, dass wir die Transformation angehen. Der momentane Zwischenstand ist aber eine gefährliche Situation – nicht, dass es später in vielen Bereichen nichts mehr zu transformieren gibt. Wie bewerten Sie das? Welche ersten Maßnahmen sollte das Land dringend unternehmen? Wir unterscheiden uns von vielen Standorten in der Bundesrepublik Deutschland, an denen es eben wenig chemische Industrie gibt.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke, Herr Stinka. – Zur Erklärung: Wir sammeln noch die anderen Wortmeldungen und Fragen, sodass Sie dann gesammelt darauf eingehen können.

Christian Loose (AfD): Vielen Dank für die Studie. Insbesondere die Kosten sind ja doch bedeutend. Wenn wir von den geringsten Kosten ausgehen, wären es pro Jahr 22 Milliarden Euro für die Investitionen und 9 Milliarden Euro für die laufenden Kosten. Ich weiß nicht, ob irgendjemand einen Kartoffelsack hat, aus dem man das Geld immer herausnimmt und aus dem das anscheinend kommt. Ich sehe das hier in NRW nicht: Das wären im Grunde 10 % des NRW-Haushaltes, die da jedes Jahr reingesteckt werden müssten.

Sie sprachen davon, Technologien vor Ort zu entwickeln. Im Moment sehe ich eher das Gegenteil, nämlich dass die Industrie den Standort verlässt. Lesen Sie folgende Überschrift in der FAZ vom 11.10.2025: „INEOS-Gründer in Rage – ‚Industrieller Selbstmord sinnlos und dumm‘“. Seine Forderungen sind simpel: Die CO₂-Abgabe,

Ökosteuern, Energieabgaben abschaffen. Das sieht nicht so aus, als wenn die Industrie wirklich mit Herzblut dabei ist, diese sogenannte Transformation zu schaffen.

Herr Kirli hat letzte Woche in der Anhörung gesagt, dass die IGBCE unter Gewerkschaftsmitgliedern eine Umfrage gemacht haben und dass drei Viertel der Gewerkschaftsmitglieder die große Transformation negativ sehen. Seine Antwort darauf war nicht, sich den Sorgen der Arbeiter anzunehmen, sondern denen einfach positivere Geschichten zu erzählen. Das war für mich ziemlich erschreckend.

Sie sagten gerade im Grunde, die Kunden müssten einen Mehrwert sehen, damit sie das kaufen. Im Moment ist es so, dass Kleinstautos allein durch die CO₂-Zertifikate nur für 15.000 Euro zu bekommen sind statt wie früher für unter 10.000 Euro. Ich sehe überhaupt keinen Mehrwert für die Kunden, den das hat.

Dazu sehe ich, dass Stück für Stück Arbeitsplätze verschwinden – das sagten Sie gerade auch – und dass wir die Klimaneutralität einfach durch die Verlagerung der Chemieindustrie ins Ausland schaffen, wodurch die CO₂-Emissionen nicht mehr hier entstehen.

Mir fehlt in der Studie folgende Aussage: Wenn dieses Geld, diese 9 Milliarden Euro oder diese 20 Milliarden Euro für Investitionen pro Jahr, nicht zur Verfügung steht, wäre es der beste Case, dieses Projekt sofort abzubrechen. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass es in NRW in fünf Jahren keine chemische Industrie mehr gibt.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Meys und Herr Kappenhagen für Ihre Ausführungen. Herr Kappenhagen, wenn ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses noch nicht in einem der Chemieparks im Rheinland war, ist es hier fehl am Platz. Unsere Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage sind, glaube ich, allen hier bewusst.

Vielen Dank für die Studie. Der Kostenpunkt, wer die Investitionskosten am Ende tragen soll, ist genau der Knackpunkt. Die Wirtschaft – Sie haben es selbst gesagt – wird nicht investieren, wenn es keinen Business Case gibt. Die Kosten auf die Verbraucher umzuwälzen, gibt die wirtschaftliche Lage absolut nicht her. Die Anzahl der Privatsolvenzen steigt; seit Jahren herrscht Kaufzurückhaltung. Das Weihnachtsgeschäft springt im Moment auch nicht an. Insofern fehlt mir ehrlich gesagt die Fantasie, wie die Kosten übernommen werden könnten.

Wir gehen hier und auch in Deutschland einen ambitionierten, um nicht zu sagen, einen überambitionierten Weg. Das Klimaziel liegt nicht wie das der EU bei 2050, sondern bei 2045. Inwiefern würde es, wenn das Thema gestreckt würde und darüber Leute mitgenommen würden, helfen?

Wir unterhalten uns über die aktuelle Lage und über die Perspektive. Der Chemiepakt ist schon angesprochen worden. Die zweite Frage ist: Inwiefern sind die Ergebnisse der Studie in den Chemiepakt eingeflossen? Ich weiß nicht, ob das von Ihrer Seite, Herr Meys und Herr Kappenhagen – Sie waren mit dem VCI an dem Pakt beteiligt –, beantwortet werden kann, ansonsten kann das vielleicht die Ministerin machen.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Bevor ich zu meinen Fragen komme, muss ich kurz etwas dazu sagen, wie die Äußerungen von Herrn Kirli von der AfD verdreht und verzerrt dargestellt wurden. Ich finde das wirklich bodenlos,

(Christian Loose [AfD]: Ich kann das sogar zitieren!)

und das zeigt erneut den Angriff auf Arbeiterinnen und Arbeiter, den die AfD in Wahrheit durchführt. Ich finde es wichtig, das hier klarzustellen, weil Herr Kirli nicht da ist und sich nicht selbst wehren kann.

(Christian Loose [AfD]: Ich kann das sogar zitieren, wenn Sie mögen!)

Es war wichtig, das einmal zu sagen. Da wäre mehr Fairness angebracht.

Herr Dr. Meys, Herr Kappenhagen, vielen Dank dafür, dass Sie hier sind, und für die Vorstellung der Studie.

Unsere Frage richtet sich an Herrn Dr. Meys. Sie haben die Frage des Verhältnisses, die Frage, welcher Lösungsmix zu welchen Investitionskosten führt, eben ein bisschen angeasert und bei den Betriebskosten sogar eine größere Range angesetzt. Mich interessiert, inwiefern eine Kombination tatsächlich zu niedrigeren Investitionskosten und Betriebskosten führen kann. Denn oftmals erleben wir es, dass mit einer höheren Upfront-Investition letztendlich deutlich günstigere Betriebskosten verbunden sein können. Könnten Sie auf dieses Verhältnis noch mal ein bisschen eingehen? Ich befürchte nämlich ein bisschen, dass man die 22 Milliarden Euro Investitionskosten nicht mit den 9 Milliarden Euro Betriebskosten kombinieren kann. Gerade weil bei den Betriebskosten die Range größer ist, ist das für das Instrumentarium, mit dem das Ganze politisch begleitet und unterstützt wird, relevant. Vielleicht könnten Sie noch mal darauf eingehen – das hatten Sie indirekt ja angeboten –, wie das im Verhältnis zueinandersteht.

Ich habe noch eine kleine Seitenbemerkung, auch wenn ich weiß, dass Sie, Herr Kappenhagen, das überhaupt nicht so gemeint haben. Wir kämpfen aus guten Gründen gemeinsam für eine gute Zukunft für die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen. Den Kampf gegen harte Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne in der Paketbranche – beides treibt uns um – kann man aber parallel unterstützen. Ich denke, dass Sie es so aber auch nicht gemeint haben. Mir war Ihre Aussage eben nur ein bisschen aufgestoßen. Auch in der Branche sind gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen wichtige Anliegen, für die wir uns gemeinsam stark machen wollen.

(Christoph Kappenhagen [ChemCologne]: Absolut!)

Thomas Okos (CDU): Herr Meys, Herr Kappenhagen, vielen Dank für die Präsentation und für Ihr in der Chemiebranche geleistetes Engagement. Man hat aus den einzelnen Wortbeiträgen herausgehört, wie politisch die Bewertung teilweise ist. Ich bin daher sehr dankbar für die gute qualitative Grundlage, die Sie bieten. Ich kenne es auch aus dem örtlichen Chemiepark, dass gleichermaßen eindrücklich an die ökonomische Bewertung – für die bin ich dankbar – und an Lösungen im ökologischen Bereich gedacht wird. Das zeigt, dass die Industrie und die Chemie auch für die Politik an manchen Stellen Vorreiter sind, auch wenn die Bewertung anders ist. Das kann uns am Ende des Tages nur nach vorne bringen.

Herr Kappenhagen, auch beim Chemiepark in Knapsack gibt es auf der einen Seite zwar Abgänge, für die wir uns um Lösungen kümmern müssen, auf der anderen Seite gibt es aber auch Zuwächse, die durch die Landesregierung unterstützt werden. Ich denke an das Förderangebot „Produktives.NRW“, mit dem es gelungen ist, genau die Unternehmen nach NRW zu holen. Gestern hatte ich Besuch von der Geschäftsführung der Firma mattern. Das Unternehmen hat 30 Millionen Euro von Produktives.NRW bekommen und investiert selbst auch noch einige Millionen Euro. Das zeigt, dass der Standort weiterhin attraktiv sein kann, dass es Chemieparks gibt, die auch darum werben. Als Standortvorteil wird die Nachversorgung genannt, die an anderer Stelle ein Thema ist. Es wird aber auch gesagt, dass das Werben um die Verbundstruktur entscheidend sei. Daher danke ich für das Engagement.

Zu meiner Frage: Steht der jüngst beschlossene Chemie- und Raffineriepakt im Einklang mit den Ergebnissen der Studie?

Christian Loose (AfD): Es wurde gerade behauptet, ich hätte Herrn Kirli unangemessen zitiert oder interpretiert. Dazu zitiere ich Herrn Kirli aus der Anhörung in der letzten Woche:

„Wir haben hierzu eine Umfrage bei unseren Mitgliedern insbesondere aus der chemischen Industrie durchgeführt und festgestellt, dass etwa 50 % der Kolleginnen und Kollegen nicht mehr daran glauben, dass Deutschland in den nächsten zehn Jahren noch ein Industrieland sein wird. Das ist für Menschen, die selbst in der Industrie arbeiten, sehr, sehr erschreckend.

Des Weiteren haben wir gefragt: Wie seht ihr eigentlich das Thema ‚Transformation‘? Ca. drei Viertel der Kolleginnen und Kollegen haben demnach eine eher negative Sicht auf die Transformation, weil sie nicht daran glauben, dass sie zum Erfolg führt.“

Jetzt kommt die Lösung von Herrn Kirli – Zitat –:

„Wir als Gewerkschaft versuchen, für das Thema ‚Transformation‘ zu werben, allerdings nicht gekoppelt an Ausstiegsdaten, sondern an Einstiegs-szenarien in Bereiche, die zu grünen Leitmärkten hinführen.

Wie kann man dieses Thema positiv besetzen? Da gibt es einige Ideen: Insbesondere glauben wir nicht, dass es sinnvoll ist, Abbauprogramme mit dem Begriff ‚Transformation‘ zu überschreiben. Das wird leider oft getan. Wenn ein Unternehmen von Transformation spricht, dann heißt es meistens, dass Industriearbeitsplätze abgebaut werden. Dieses Wording bzw. Framing lehnen wir ab. Wir finden, Transformation sollte positiv besetzt werden.

Wie können wir den Glauben an die Transformation stärken?“

Genau das habe ich eben gesagt. Herr Kirli hat sich nicht um die Sorgen der Arbeiter gekümmert, sondern besetzt den Begriff der Transformation jetzt positiv. Nach dem Motto: Man muss den Arbeitern, die anscheinend nicht schlau genug sind, nur gut genug erklären, dass Transformation positiv ist. Damit verrät Herr Kirli die Interessen der Arbeiter.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD] – Zuruf: So ein Quatsch!)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Wir gehen zur Beantwortung der gestellten Fragen über. Da von mehreren Fragestellern Fragen zur Rolle des Chemie- und Raffineriepakts gestellt wurden, wird Ministerin Neubaur einsteigen, und dann geben wir zurück an Herrn Dr. Meys und an Herrn Kappenhagen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Der Chemie- und Raffineriepakt ist vom Wirtschaftsministerium, dem VCI und der IGBCE unterzeichnet worden. Dass Herr Loose von der AfD hier versucht, ... Der IGBCE wirkt mit Kräften darauf hin,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

dass Arbeitsplätze erhalten bleiben, macht sich in allen Belangen gegenüber der Landesregierung, gegenüber der Bundesregierung für die Beschäftigten in der Chemieindustrie stark und sieht, im Gegensatz zu Ihnen, lieber Herr Loose, das Glück des Standorts Nordrhein-Westfalen nicht in einer Kumpanei mit Russland und China, durch die wir hier am Ende nichts mehr selbst hätten, sondern nur noch alles von denen weiter verbrauchen könnten.

(Kopfschütteln von Christian Loose [AfD]: Oh Mann!)

Für mich ist das eine starke Position einer IGBCE, die darauf drängt, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die darauf drängt, dass wir über Innovationen und Wettbewerbsstärke in so einer wichtigen Branche wie der Chemieindustrie im internationalen Wettbewerb wieder deutlich Fuß fassen können.

Ohne eine gute, eine wettbewerbsführende, eine innovative Chemieindustrie wird das sämtliche Vorhaben der Modernisierung industrieller Prozesse, modernisierter Produktionszyklen nicht stattfinden können. Wir bieten alles, was wir in Nordrhein-Westfalen haben, um genau das zu schaffen.

Die Erkenntnisse aus der dankenswerterweise heute auch hier vorgestellten Studie wurden mir schon Ende 2024 präsentiert. Da wir in der Landesregierung einen evidenzbasierten Ansatz verfolgen und nicht auf Zuruf oder Gefühl arbeiten, sondern versuchen, die unterschiedlichen Erkenntnisse klug zusammenzuführen, Interessen abzuwägen und auszugleichen, sind die Ergebnisse mit in den Chemie- und Raffineriepakt eingegangen. Derselbige hat seinen Beginn im Frühjahr 2025 genommen, als es ein Raffinerietreffen gab, weil uns sehr klar ist, dass wir eine konkrete Lösung brauchen, vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Chemieindustrie besser wiederherzustellen.

Das hat mit Rahmenbedingungen zu tun, auf die ich – das kann ich gerne auch in dieser Ausschusssitzung noch mal sagen – seit zwei Jahren gegenüber der Bundesregierung, und zwar, egal in welcher Konstellation, hinweise. Mit den Energiekosten, mit dem langsamen Hochlauf von Infrastruktur für Wasserstoff, für CO₂ schießen wir uns aus dem Wettbewerb und stärken nicht das Gute, was es hier gibt.

Insofern haben wir das, was in der Studie aufgeführt wird, selbstverständlich aufgenommen – gerade das Vorgehen, die Chancen für den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen abzuleiten und daraufhin die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die

Innovationsbereitschaft derer, die in den Chemieparks arbeiten, dass die Investitionen, die vor allem die Chemieindustrie oder die Investoren der Chemieindustrie leisten müssen, bessere Investitionsrahmenbedingungen erhalten.

Deshalb adressieren wir im Chemiepakt auch an den Bund und die Europäische Union, einen funktionierenden Innen- und Außenschutz unserer Chemieindustrie umzusetzen. Das Zurverfügungstellen von Subventionen – ich weiß gar nicht, wie viele Milliarden Euro China dafür ausgibt – und den resultierenden Dumpingpreisen für Güter, für Vorprodukte der Chemie wie Stahl führt dazu, dass der Wettbewerb in Europa in Schieflage ist. Wir brauchen also eine starke Europäische Union, die die Binnenmarktmöglichkeiten deutlich erhöht, die einen Innen- und Außenschutz für die hier produzierten Produkte umsetzt.

Ich schließe mit dem Dank an Sie, Herr Dr. Meys und Herr Kappenhagen, für die gute Grundlage dessen, was wir im Wirtschaftsministerium im Chemie- und Raffineriepakt beschließen konnten.

Christoph Kappenhagen (ChemCologne): Vielen Dank für Ihre Fragen und Anmerkungen. Ich habe das für mich in Fragen und politische Anmerkungen sortiert. Zu den politischen Anmerkungen möchte ich keine Stellungnahme abgeben, weil ich hier natürlich politisch neutral bin. Das ist Ihr Job; das können Sie danach diskutieren.

Ein bisschen was möchte ich aber noch sagen. Zum einen ist mir das Statement wichtig, dass die chemische Industrie – ich spreche für ChemCologne, aber ich darf hierbei, glaube ich, auch für die chemische Industrie sprechen – zur Klimaneutralität steht. Das steht für uns außer Frage. Das ist einfach unser Job, den wir machen müssen. Die Schwierigkeit dabei ist, dass wir bestehende Prozesse, bestehende Industrielandschaften transformieren, erhalten müssen und gleichzeitig aber auch neue Technologien, neue Produkte, klimaneutrale Produkte auf den Markt bringen wollen.

Das Ganze ist durch bestimmte Parameter, die politisch gesetzt worden sind, eingrahmt – das muss einfach so gesagt werden. Sei es die Zielgerade 2045, weshalb im Rheinischen Revier aus der Braunkohle ausgestiegen wird, sei es das CO₂-Zertifikat und die sukzessive Verknappung der Zertifikate in den nächsten Jahren, damit sie sich verteuern: All das sind Rahmenbedingungen, die politisch gesetzt worden sind – in NRW, aber auch in Brüssel und in Berlin. Das ist die große Schwierigkeit, die wir haben.

Über die CO₂-Zertifikate mag sich der eine so und der andere so äußern, aber ich glaube, dass darüber nachgedacht werden muss, wie man das anpassen kann. Ich glaube schon, dass es sinnvoll ist, mal darüber nachzudenken, ob wir mit der Geschwindigkeit weitermachen wollen. Das hat viel mit Vertrauen zu tun.

(Folie 12)

Ich weiß, dass es Stimmen gibt, die sagen, wenn wir das jetzt abschwächen, werde die Transformation nicht stattfinden, weil wir das nach hinten schieben. Ich glaube trotzdem, dass das ein Instrument sein kann. Denn am Ende müssen die Industriepreise wettbewerbsfähig sind – das wissen Sie alle auch.

Es gibt die berühmten Bedingungen: Das sind die Energiepreise, die Strompreise, die Bürokratie und der Bürokratieabbau, den es gibt. Diese Dinge müssen wir einfach angehen. Deswegen sollte über die CO₂-Zertifikate, das ETS noch mal geschaut und überlegt werden, ob das nach hinten geschoben, verlangsamt, ein bisschen angepasst werden kann, um letztendlich die Strompreise zu senken.

Die Chemieindustrie an sich produziert nicht so viel CO₂, sondern das geschieht immer dort, wo fossile Energien verbrannt werden. In der Kohleindustrie, in der Gasindustrie oder in der Zementindustrie, die das im Kalzinierungsprozess braucht, wird originär CO₂ produziert. Das ist auch unvermeidbar, es sei denn, es wird auf alternative Energien umgestiegen. Bei denen sind wir in NRW zugegebenermaßen gut vorangekommen. Das Einzige, was mir noch fehlt – damit sind wir wieder bei Berlin –, ist das Kraftwerksicherungsgesetz, ist, dass Gaskraftwerke gebaut werden. Ich weiß von den Kollegen im Energiebereich, dass die ready to go sind, aber eben entsprechende Rahmenbedingungen brauchen. Damit sind wir wieder bei dem gleichen Thema.

Die Frage ist – das ist ein bisschen wie mit dem Huhn und dem Ei –: Wie können wir das Ganze durchdringen, durchbrechen? Ich komme wieder zu meinem vorherigen Punkt, der wichtig ist. Damit das nicht so abstrakt klingt, nehme ich wieder mal Bezug auf YNCORIS, auf Hürth. Dort gibt es die Firma „Basell Polyolefine“, die in Knapsack und in Wesseling – im Verbund – eine große Investition tätigen möchte, nämlich für die MoReTec-Anlage in Wesseling. Der Hintergrund ist, dass Propylenabfälle dort wieder in die Molekularstruktur zerlegt werden sollen, sodass von dort aus wieder alles mit dem Produkt gemacht werden kann, es also neues Polypropylen gibt, das überall eingesetzt werden kann. Mit den heutigen Recycling-Transformationsprozessen kann man das nicht machen; es kann ein bisschen beigemischt, aufgeschmolzen werden. So könnte damit aber wieder alles gemacht werden. Basell investiert sehr viel Geld in diese sogenannte MoReTec-Anlage, und in Knapsack soll es hocheffiziente Sortieranlagen geben.

Das wurde erst mal pausiert, und auch die MoReTec-Anlage ist jetzt im Fokus. Warum? Basell sieht einfach nicht, dass die Märkte anziehen und dass sie ihr Produkt am Ende verkaufen können. Damit sie es verkaufen kann, brauchen wir auch politische Rahmenbedingungen, Leitmärkte. Deswegen ist es mir extrem wichtig, dass wir nicht immer Bottom-up – das ist auch richtig –, sondern vor allen Dingen Top-down schauen, nämlich von den Märkten ausgehen.

Wir können in Deutschland klimaneutrale Produkte wettbewerbsfähig herstellen; das schaffen wir. Wir können auch gute Elektroautos bauen – davon bin ich auch überzeugt. Ich bin nicht aus der Automobilindustrie, aber ich bin davon überzeugt. Es braucht dafür aber eben wie beim Automobilmarkt einen Markt, der zieht. Wenn die Kunden E-Autos nachfragen, werden E-Autos auch hier gebaut. Wenn die klimaneutralen Produkte bei dm und bei ROSSMANN verkauft werden, überlegen es sich die Hersteller, ob sie ihre Zwischenprodukte weiterhin teuer aus China holen oder ob sie irgendwann doch wieder hier eine eigene Anlage bauen, um diese Produkte und Kunststoffe herzustellen.

Das Riesenthema ist die Frage, ob wir unsere klimaneutralen Endprodukte hier verkaufen können. Dieses Vertrauen ist in der chemischen Industrie momentan nicht da. Damit fängt alles an.

Zu den anderen Punkten. Zu dem Chemiepakt haben Sie, Frau Ministerien, Stellung genommen. Ich begrüße es sehr, dass wir diesen Chemiepakt abgeschlossen haben. Der ist ein ganz wichtiges und deutliches Statement von NRW, auch nach Deutschland und nach Brüssel, dass wir hier einen gemeinsamen Schulterschluss haben. Daher finde ich diesen Pakt zumindest auf der politischen Ebene sehr wichtig.

Woher das ganze Geld kommt, war noch eine Frage: durch Investitionen. Wenn es attraktive Geschäftsfelder gibt, wenn ein Produkt, das verkauft werden kann, hier produziert werden kann, wird hier auch investiert. Das heißt: Es wird dann auch in Transformation investiert. Bei uns ist die Firma mattern, die gerade genannt wurde, ein wirklich schönes Beispiel. Ich habe sehr viel mit Start-ups zu tun. Es gibt in NRW eine riesige Start-up-Szene. Die chemstars engagieren sich da super. Ich kann es Ihnen nur empfehlen: Gehen Sie da mal vorbei, wenn Veranstaltungen stattfinden, reden Sie mit denen und schauen Sie mal, wie viel da los ist. Die brauchen aber riesige Unterstützung, auch von den Chemparks, damit sie dort Fuß fassen können; das ist extrem wichtig. Mit mattern gibt es jetzt eine Firma, die PET recycelt. Erst mal liegt der Schwerpunkt auf Plastik, also PET, aber später auf Textilien. Die schauen aber auch, wie der Business Case sein wird und ob sie ihre Produkte irgendwann verkaufen können. Das ist das alles Entscheidende.

Dr. Raoul Meys (Carbon Minds): Ich versuche jetzt, die Fragen nacheinander durchzugehen, und fange mit Daten an.

(Folie 16)

Es gab einen Fragenkosmos dazu, wie viel Prozent das vom Haushalt sind oder auch nicht und was das geringste Optimum in Bezug auf Kosten ist. Deswegen gehe ich jetzt doch auf eine meiner geliebten Datenfolien, damit wir uns noch mal kurz Betriebs- und Investitionskosten anschauen können.

Zur Klarstellung an den Kollegen von den Grünen, an Herrn Röls-Leitmann. Das optimale Szenario ist bei den Betriebskosten und bei den Investitionen das Beste. Das hat einfach etwas damit zu tun, dass in der Summe natürlich, wenn man energetisch effizienter, auch weniger bewegt – die Chemie bewegt total viel Energie in Form von Molekülen, in Form von Masse – und investiert werden muss. Das heißt, dass es da schon Zusammenhänge gibt. Das unterste auf der Folie dargestellte Szenario, der unterste Balken, ist das Optimum mit 9 Milliarden Euro bis 22 Milliarden Euro. Das hat auch gewisse Gründe, wobei die die Detailtiefe der Technologie jetzt vielleicht zu viel ist. Das hat aber etwas damit zu tun, dass die Technologien synergetisch miteinander zusammenarbeiten.

Ein Beispiel: Biomasseverarbeitungsverfahren produzieren immer irgendeinen Reststoffabfall, der wieder zur energetischen Verwertung verwendet werden kann. Dann werden wieder fossile Ressourcen am Input vermieden. Der Rest wird verstromt, und

es wurde möglichst viel aus den Molekülen gemacht. Es gibt also synergetische Effekte, die Betriebs- und Investitionskosten reduzieren.

Wärmepumpen sind ein anderes Thema. Diese vermeiden eine große Menge an Bewegung fossiler Ressourcen. Wenn man das systemisch ansetzt, ist eine Wärmepumpe am Ende auch beides.

Dann sage ich noch eine Sache in Bezug auf die Höhe der Investitionskosten. Das sind hier 20 Milliarden Euro bis 40 Milliarden Euro bis 2045. Sie müssen das, wenn Sie das aufs Jahr umlegen wollen, durch zwanzig teilen. Das heißt: Das sind zwischen 1 Milliarde Euro und 2 Milliarden Euro pro Jahr. Bei einem Haushalt von 100 Milliarden Euro – das wurde mir gerade zugeflüstert –, erreichen Sie als Prozentzahl, die eigentlich dahinter steht, 1 % bis 2 %. Auf unsere Zahlen kann natürlich noch eine Unsicherheit gelegt werden etc. pp. Ich wollte die dahinter stehenden Zahlen einmal einordnen, nicht dass bezogen auf die Zahlen eine falsche Wahrnehmung über den Anteil am Haushalt entsteht.

Ich nutze noch die Chance und gehe auf die anderen zwei anderen Fragen ein, die eher in die Richtung gingen, was wir in NRW denn jetzt machen müssen und welche Möglichkeiten es gibt. Ich schließe mich dem, was Christoph gesagt hat, an. Natürlich könnten wir jetzt alle die Köpfe in den Sand stecken und sagen: Alles scheiße, alles blöd; wir wollen nicht. – Im Gespräch mit internationalen Chemieunternehmen, mit den großen Konzernen – wir machen solche Studien nicht nur für Deutschland und für ChemCologne, sondern wir machen die auch für amerikanische Großkonzerne, für brasilianische Verbände und für den weltweiten Verband – zeigt sich aber, dass das, was heute noch in großem Maße Marge generiert, nachhaltige Produkte sind. Deren Volumen ist zwar klein – absolut –, aber relativ betrachtet gibt es da einen Markt. An vielen Ecken ist der Markt sehr nischig, ermöglicht aber eine gewisse Marge.

Der Kollege hat das schon mit mattrer aufgezeigt, und Greenlyte in Essen ist ein anderes Unternehmen, das eine große Förderung für nachhaltige Produkte erhalten hat. Da spielt die Musik. Wir müssen diese Märkte generieren; wir müssen diese Wertschöpfung den Kunden gegenüber kommunizieren. Denn es gibt diese Märkte. Das ist nicht schwarz oder weiß: Es gibt sie in Deutschland, in Europa und auf der Welt. Wir sind da nicht allein. Es ist kein europäisches Ding, dass wir denken, nachhaltige Produkte seien cool. Es gibt auch genug Amerikaner, genug Chinesen oder genug Asiaten, die das denken. Wir müssen mehr in die Förderung, in diese Narrative, in diese positiven Geschichten für NRW, für junge, aber auch für etablierte Unternehmen stecken, um diese neuen Technologien und diese neuen Produkte auf dem Markt zu etablieren. Das geht.

Ich zeige noch etwas in NRW auf, wo ich irgendetwas tun würde. Das geht in Richtung der letzten Frage von Herrn Stinka, was wir jetzt in NRW machen müssen, und deckt sich mit dem Pakt, der in NRW gerade geschlossen wurde. Wenn wir erneuerbare Energien kostengünstig bereitstellen können, geht es am Ende um die direkte Elektrifizierung der Prozesse, weil man sich Energieeffizienz spart. Das alles hängt am Strompreis; das hängt alles an den Kosten für Strom. Das ist es, was wirklich Energieeffizienz bringen könnte. Das zeigen auch alle Studien – ob für Köln, für das Rheinland, für die Welt, für die Brasilianer oder für sonst wem.

Christoph, du wolltest noch etwas hinzufügen.

Christoph Kappenhagen (ChemCologne): Ich würde gerne noch drei Punkte anfügen, und dann bin ich durch.

Das Erste ist: Wer glaubt, dass das Thema „Klimaneutralität“ irgendwann mal wieder weggehen wird, irrt. Ich denke nicht von meinem Standpunkt aus, denn ich bin ein alter weißer Mann, sondern ich schaue eher auf meine Kinder. Ich habe vier Kinder, und die legen sehr viel Wert auf solche Themen und schauen nach, ob etwas nachhaltig produziert worden ist. Wer glaubt, dass wir in Deutschland irgendwie daran vorbeikommen, irrt.

Die Chinesen sind in den Startlöchern: Die werden uns diese klimaneutralen Produkte schicken – darum brauchen wir uns gar keine Sorgen machen. Die Idee, dass der Chinese weiterhin fossil produzieren lässt und dann irgendwie seine Wirtschaft einbrechen wird ... Das ist Staatsdoktrin. Die Kollegen in China möchten uns zeigen, dass sie das bessere politische System haben.

(Folie 4)

Die werden unseren Markt mit klimaneutralen Produkten überfluten; davon bin ich fest überzeugt. Unser Markt wird also kommen – vielleicht nicht mit mir, aber mit den nachfolgenden Generationen, die dann halt in China bestellen werden.

Als Zweites möchte ich mit etwas aufräumen. Ich bin lange genug in der chemischen Industrie, und ich bin ein großer Fan der Mitbestimmung, ein großer Fan von Tariflöhnen. Um klarzustellen, was ich eben meinte: Ich möchte, dass die nachfolgenden Generationen die gleiche soziale Absicherung bekommen, die ich auch erfahren habe.

Als Letztes möchte ich die Gelegenheit in eigener Sache nutzen. Wir, der von YNCO-RIS betriebene Chemiepark, veranstalten für die lokale Politik regelmäßig einen Politischen Feierabend. Ich würde mich freuen, wenn der ein oder andere von Ihnen sich auch mal dahin verirrt, damit wir weiter diskutieren können. Sie können das bei uns auf der Internetseite finden oder uns über unseren Leiter für Kommunikation erreichen. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie dort mal begrüßen dürfte.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank, Herr Kappenhagen. – Das waren schon fast Schlussworte. Es gibt aber noch weitere Meldungen, die wir natürlich aufnehmen wollen. Ich bitte alle Abgeordneten, die weitere Fragen haben oder eine Wortmeldung loswerden wollen, sich jetzt zu melden.

Die nächste Wortmeldung kommt direkt von einer lokalen Abgeordneten, nämlich von Frau Teschlade.

Lena Teschlade (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite für die Vorstellung der Studie. Ich habe eine sehr konkrete Nachfrage zum Zeitplan. Herr Kappenhagen, Sie haben uns eben sozusagen ins Berichtsheft geschrieben, was wir als Politik zu tun haben. Ich habe das Gefühl, dass das sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene durchaus angekommen ist.

Dennoch würde ich sagen, dass nicht nur die Politik die Rahmenbedingungen schaffen muss, sondern dass auch die Unternehmen und die Vorstände ein paar Hausaufgaben zu leisten haben. Diese würde ich ungern ganz aus der Verantwortung entlassen. Für mich ergeben sich Rückfragen.

Der erste Punkt betrifft den Chemiepakt und eine mögliche Aussetzung, Reformierung – wie auch immer wir das nennen wollen – des CO₂-Zertifikatehandels. Uns allen ist bewusst – so habe ich auch die Diskussion heute verstanden –, dass die Zertifikate keine permanente Lösung, sondern nur eine Unterstützung sein können, um die Krise zu überwinden. Wir sind uns alle einig, dass wir in den Bereichen „Klimaschutz“, „Klimaneutralität“ weiter vorankommen müssen. Über welchen Zeitstrahl sprechen wir denn ganz konkret? Ist, basierend auf dem, was Sie aus der Studie ableiten, 2045 der Zeitpunkt, an dem das gelingen kann? Wie schätzen Sie die zeitlichen Abstände ein?

Der zweite Punkt ist eine konkret auf die Unternehmen der chemischen Industrie bezogene Rückfrage. Schätzen Sie es so ein, dass die Investitionen am deutschen Standort dann auch wirklich geleistet werden? Meine Sorge ist so ein bisschen, dass Investitionen nicht geleistet werden, sondern dass nur die Benefits mitgenommen und zeitgleich irgendwo im Ausland schon Werke gebaut werden, sodass sich, wenn hier nichts mehr geht, ins Ausland verabschiedet werden kann und wir die Arbeitsplätze hier vor Ort dann trotzdem nicht retten können. Mein Eindruck bleibt weiterhin – Sie haben es anders gesagt, was mich sehr freut, was ich so aber nicht bei allen Geschäftsführern und Vorständen erlebe –, dass schon sehr schnell gesagt wird, es müsse auf die Seite der Beschäftigten geschaut werden, es sei alles zu teuer und nicht mehr rentabel. Das macht mir schon extreme Sorgen, und insofern wäre ich für eine Einschätzung dankbar.

André Stinka (SPD): Ich will auf das Thema „Kreislaufwirtschaft“ und die Fakten dazu eingehen. Wir haben in unserem Antrag zum Thema „Chemie“ deutlich gemacht, dass wir große Möglichkeiten darin sehen, das chemische Recycling voranzubringen. Wir wissen aber, dass es dazu eine unklare Regulatorik gibt. Daher wären Hinweise von Ihnen dazu, was hier zügig passieren sollte, gut. Denn wir müssen über Prioritäten reden. Ich habe das vorhin nicht aus Chuzpe gesagt, sondern wir müssen die nächsten Jahre bis zur Transformation überbrücken, damit wir über die positiven Beispiele, Herr Kopenhagen, reden können. Es gibt aber halt die Zeit dazwischen, und die Unruhe ist groß.

Sie sprachen eben davon, dass es positive Märkte gebe. Wir wissen das, nur vielleicht sagen Sie das mal dem einen oder anderen CEO, der halbe Seiten in der WAZ bekommt. Für uns ist es dann immer ganz schwierig. Wenn ich auf dem Podium sitze oder einen Chemiepark besuche, reicht meine Reichweite nicht. Das will ich ganz deutlich unterstreichen. Wir als Politik wären für positive Beispiele dankbar. Nur leider gibt es hier in letzter Zeit zwei große Unternehmen, die permanent dagehalten.

Wir hatten uns mit dem VCI getroffen, und wir hatten auch Herrn Koch von Basell eingeladen. Herr Koch war einer unserer Sachverständigen. Zur Kreislaufwirtschaft, zum Recycling haben wir Quoten vorgeschlagen: Wie sehen Sie das? Wir transportieren

immer noch viel Plastik aus Deutschland ab. Ich halte es für völligen Wahnsinn, was wir da organisieren. Da wären zukünftig Maßnahmen möglich.

Zum chemischen Recycling. Wie können wir hier zügig die Rahmenbedingungen schaffen, sodass neben der Akzeptanz in der Bevölkerung und in Teilen der Politik Maßstäbe gesetzt werden können, damit wir hier führend sind. Das wissen wir ja. Herr Koch hatte unsere Vorstellung von Quoten, damit Produkte angeboten werden können, deutlich gemacht. Natürlich könnte das Land auch daran arbeiten, denn das Land schreibt Materialien aus und hat Vergaberecht. Da würde der ein oder andere mutige Schritt ganz gut angesehen werden.

Aber noch einmal: Positive Beispiele sind wichtig. Die letzten Monate ist in der öffentlichen Wahrnehmung aber das Gegenteil passiert. Deswegen ist die Frage an den Verbandssprecher, wie man das machen kann. So viele Chemieparks kann ich gar nicht besuchen und so viele Selfies kann ich gar nicht machen, wie ein Interview kaputt macht. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

Christian Loose (AfD): Ich habe von Ihnen widersprüchliche Aussagen gehört, und nur eine Geschichte kann stimmen. Die eine Aussage ist, es gebe keinen Business Case, also es gebe keinen Markt. Auf der anderen Seite sagen Sie, man komme nicht an der Transformation vorbei, ihre Kinder wollten die. Das hieße, dass es doch einen Markt gibt. Ihre Kinder müssten also bereit sein, den teuren Preis für diese Produkte zu bezahlen, sodass wir keinerlei staatlichen Subventionen und keine erzwungenen Quoten bräuchten, weil die Kunden bereit wären, die Produkte zu kaufen.

Ich höre von der chemischen Industrie immer wieder: Wir sind bereit, in die Transformation zu gehen; wir stehen hinter der Transformation. – Wenn es dann aber ums Geld geht, darum, ob Betriebe investieren wollen, heißt es: Aber bitte schön, bezahlen soll es der Steuerzahler. – Man steht zwar hinter der Transformation, aber Kosten darf es nichts.

Wir stehen im internationalen Wettbewerb. In den USA verabschieden sich ganz viele Unternehmen von den Nachhaltigkeitsberichten, von den Klimageschichten. China wird unter Garantie klimaneutrale Produkte liefern. Die investieren in Kernkraft. Die haben massiv Wasserkraft. Auf dem Papier wird dann ein klimaneutrales Produkt aus emissionsfreiem Strom aus Wasserkraft und Kernkraft entstehen.

Ich komme aus dem Energiesektor. Was wurde denn damals gemacht? 100 % Ökostrom, und dann wurde einfach ein Zertifikat von einem Wasserkraftwerk in Norwegen oder Österreich vorgelegt. Das ist reiner Selbstbetrug.

Sie erzählen uns auf der einen Seite, die Kunden wollten das, und auf der anderen Seite, es gebe keinen Business Case. Das passt nicht zusammen.

Christoph Kappenhagen (ChemCologne): Vielen Dank für die rege Diskussion. Das Interesse freut mich sehr.

Herr Loose, ich fange bei Ihnen an. Im Grunde genommen zieht sich der Faden durch. Ich habe versucht, ein bisschen zu erzählen, wie ich die Wirtschaft sehe, wie ich das in den letzten 30 Jahren, die ich im Geschäft bin, erlebt habe.

Die politische Vorgabe der Klimaneutralität bis 2045 oder bis 2050 ist nicht in der Industrie entstanden, sondern das ist eine politische Vorgabe. Das sind die Rahmenbedingungen, und diese Rahmenbedingungen umringen im Grunde genommen das Wirtschaftssystem. Was macht ein Wirtschaftssystem dann? Wie geht es damit um? Dann passieren solche Dinge, dass Anlagen abgeschaltet werden, weil gesagt wird, es rentiere sich nicht mehr. Es muss also darüber geredet werden, wie eigentlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, sodass es attraktiv ist, diese Transformation einzugehen.

Am Ende braucht es immer einen Business Case. Ich glaube, dass der Business Case gegeben ist, dass der Business Case kommen wird und dass wir den Business Case stimulieren können, was das Entscheidende ist. Es gab in der Vergangenheit durchaus kleine Beispiele, wo wir Dinge geändert haben. Das wissen Sie sicherlich auch. Wir haben uns alle aufgeregt, als das Dosenpfand eingeführt wurde. Schauen Sie mal, was in der Presse damals alles geschrieben worden ist. Es gibt ja auch andere Beispiele.

Das ist für mich immer ein bisschen ... Ich bin nicht wirklich ein Quotenfreund. Ich finde, dass man Systeme und Menschen dazu motivieren muss, sich zu bewegen, und das geht nicht per Quote. Ich muss mich dazu motivieren, zum Sport zu gehen – da hilft keine Quote. Wir müssen aber schon ehrlich sein: Manchmal ist die Quote schon der Push, den ein System braucht, damit es sich bewegt. Das ist eine politische Entscheidung; dafür bin ich heute nicht hier. Das müssen Sie entscheiden. Ich sage aber: Wenn es solche Quoten über einen Zeitraum von 10 Jahren, von 15 Jahren gibt, wird sich die Industrie und werden sich die Märkte darauf einstellen. Das heißt: Der Kunde wird das nachfragen. Eine Zeitlinie darüber zu legen, macht Sinn.

Der Ansatz, die CO₂-Zertifikate, den CO₂-Ausstoß zu verteuern, damit sich die Industrie bewegt, wird nicht funktionieren. Das ist meine Meinung – meine persönliche Meinung –, und ich akzeptiere, dass es andere Meinungen gibt. Ich halte es für besser, der Industrie Anreize zu bieten, ihr eigenes Geld in einen Business Case zu investieren. Das geht aber auch über politische Rahmenbedingungen.

Natürlich kann geschaut werden, dass man einen gesellschaftlichen Konsens schafft. Ich glaube wirklich, dass die jüngere Generation anders tickt. Wenn Sie sich damit beschäftigen, wissen Sie ja durchaus: Es gibt auch Modelabels, die sehr nachhaltig und sehr angesagt sind. Das können sich aber auch nur 5 % der jungen Leute leisten, weil das extrem teuer ist. Dazu gibt es einen Riesenmarkt im Bereich der Textilindustrie für Unternehmen, die nicht nachhaltig produzieren, die immer noch Wegwerf-T-Shirts produzieren. Das sind aber die T-Shirts, die sich die meisten Jugendlichen nur leisten können – das ist so.

Die Frage ist also – das schreibe ich Ihnen sozusagen ins Buch, wenn ich das darf –, was Sie tun können, damit sich diese Märkte ändern. Denn wenn diese Rahmenbedingungen gegeben sind, positive Anreize gesetzt werden, können wir auch über positive Beispiele berichten.

Mit mattern gibt es jetzt ja ein Unternehmen, das genau darauf setzt. Ich habe sowohl mit der Kollegin als auch mit den Investoren, die auch aus der Textilindustrie kommen, gesprochen. Die sagen: Natürlich, Mensch, es wäre super, wenn wir in Deutschland, in Europa so eine Recyclingquote bekommen könnten. – Diese würde den Markt, die Technologie sofort transformieren. Denn jedes Unternehmen weiß, dass es mit seiner alten Technologie gegen die Wand läuft.

Das ist wie beim Verbrennerauto. Über Verbrennerautos und das Aus 2035 kann diskutiert werden. Die Frage ist aber, ob Sie noch in ein Start-up investieren würden, was auf Verbrennertechnologie setzt. Darüber kann man jetzt nachdenken.

Es gab viele solcher Veränderungen. Deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, solche Rahmenbedingungen, Anreize zu setzen und klar zu sagen, wann Schluss ist, damit sich die Industrie verändert. Die Industrie wird dem folgen.

Dr. Raoul Meys (Carbon Minds): Ich bin nicht mehr ganz jung, so in der Mitte des Lebens. Ich glaube, dass wir ein bisschen mehr Bock brauchen – auf Transformation, auf nachhaltige Produkte.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Wir müssen das ein bisschen erstrebenswerter machen. Das geht in der Debatte oft unter. Wir regulieren viel und versuchen, den Markt zu treiben. Das ist auch gut so; das ist notwendig. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass diese ganzen neuen, jungen Unternehmen auch wirklich Bock darauf haben und dass es auch Kunden gibt, die Lust darauf haben, nachhaltige Produkte zu konsumieren. Das darf in der Debatte nicht vergessen werden. Vielleicht sollte geschaut werden, wo dafür noch politische Anreize gesetzt werden können – über Bildung, über andere Kommunikationsformate, die eben nicht nur darauf abzielen, dass wir das jetzt ganz schnell kippen, sondern die eher auf einen emotionalen Treiber abzielen, damit die Leute Lust darauf haben, mitzumachen.

Ich arbeite in dem Bereich. Ich arbeite an nichts anderem außer Nachhaltigkeit und CO₂-Emissionenberechnung. Manchmal werde auch ich frustriert, wenn ich die Stimmung mitbekomme. Das Einzige, was ich meinen Leuten und meiner Firma dann offerieren kann, ist die Vision und die Lust darauf, etwas zu verändern. So kriegt man die Leute auch wieder dazu, etwas zu bewegen. Diese Nuance würde ich noch mal setzen, während ich alles, was ich vorhin schon gesagt habe, auch unterstütze. Wir brauchen die Regulatorik, aber denken Sie auch ein bisschen ans Herz, das es für die Transformation braucht.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank, Herr Meys. – Auch das wäre ein wunderbares Schlussstatement gewesen, aber Herr Stinka hat sich noch mal gemeldet. Herr Stinka, Sie kommen auch gerne noch mal dran. Ich weise aber wirklich darauf hin, dass wir jetzt, wenn es noch weitere Meldungen gibt, zum Ende dieses Tagesordnungspunktes kommen sollten.

André Stinka (SPD): Ich will unterstützen, was Herr Meys gerade gesagt hat. Das ist auch das, was Ömer Kirli gemeint hat. Wir müssen auch positive Dinge erzählen.

Transformation ist im Land schon immer vorgekommen. Wir sind das Land des Strukturwandels; wir sind ja nicht im Jahr 1963 stehen geblieben. Das ist ganz wichtig.

Bei mir laufen Sie damit offene Türen ein: Ich glaube daran. Ich habe bei der evangelischen Kirche mit dem Sammeln von Papier angefangen. Da gab es noch nicht mal Papiertonnen, und heute gibt es die. Ich war auch beim ersten Windrad im Kreis Coesfeld. Damals haben mir alle gesagt, dass das niemals funktionieren wird, und heute funktioniert es. Das ist so. Aber noch mal der Hinweis, auch an Leute mit gewaltiger Reichweite: Eröffnet nicht dauernd Sperrfeuer, denn dann ist es für uns nämlich sehr schwer.

Jetzt habe ich noch eine konkrete Frage. Mit biogenen Reststoffen – das interessiert auch jemanden aus dem Kreis Coesfeld – kann viel gemacht werden. Da kann auch das Land eine Menge machen, dafür müssen aber die Realitäten, also was wir konkret brauchen, betrachtet werden. In meinem Kreis können biogene Reststoffe sehr schnell gesammelt werden, weil der überwiegende Teil der Menschen ein Einfamilienhaus hat. Ich habe aber mal in Köln-Zollstock gewohnt, und da stelle ich mir das Sammeln biogener Reststoffe spannend vor. Wie kann das praktisch gelöst werden? Ich glaube, dass viel Potenzial darin liegt, die Menschen dazu zu bewegen, etwas zu tun. Es mir leid, wenn ich Sie in Bedrängung bringe. Wir sind hier im Wirtschaftsausschuss – ich bin auch im Umweltausschuss – und brauchen Klarheit darüber, was wir zügig tun können, um CO₂-Senken zu nutzen und damit es auch in den Metropolen funktioniert. Das läuft sehr stockend.

Dr. Raoul Meys (Carbon Minds): Ich kann nicht konkret beantworten, wie es im Kreis Coesfeld aussieht.

(André Stinka [SPD]: Top! – Heiterkeit)

– Ja, garantiert. Es sieht garantiert top aus.

Wir haben die Grundpfeiler dafür gesetzt, in welche Richtung es geht. Wir haben über den Nordstern, über die Klimaneutralität etc. pp. geredet. Als nächsten konkreten Schritt müssen wir es hinbekommen, dass Experten, die Industrie, die Forschung und die Politik jetzt anfangen, die konkreten kleinen Schritte mit dem Wissen, welches vorhanden ist, zu planen und umzusetzen. Das ist Sisyphosarbeit. Das funktioniert nicht auf einmal. Das ist sehr viel Sisyphosarbeit.

Für den konkreten Fall, für ihren Bereich würde ich mich mit Experten, die verfügbar sind und wissen, wie so etwas funktionieren könnte, hinsetzen und die Details einmal durchgehen. Um es noch anders zu formulieren: Wir brauchen jetzt Zeit dafür, uns das Problem wirklich anzuschauen, daraus einen Business Case zu machen und alle Beteiligten an einen Tisch zu bekommen, um es umzusetzen. Innerhalb einer Viertelstunde kann ich Ihnen dazu nichts sagen. Wir können uns aber gerne nachher zusammensetzen und das Beispiel konkret durchdenken, und dann wird daraus ein Business Case, dann kann etwas erreicht werden. Hier in der Debatte würden wir wahrscheinlich nichts erreichen und nichts für den konkreten Weg sagen können. Wir brauchen Zeit, um die Umsetzung voranzutreiben und uns damit zu beschäftigen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank. – Das Zusammensetzen müssen wir auf 13:00 Uhr vertagen, wenn unsere Sitzung wahrscheinlich – hoffentlich – zu Ende ist.

Wir bedanken uns herzlich dafür, dass Sie da waren. Ich glaube, dass Sie hier viel positive Resonanz, großes Interesse und eine rege Diskussion erlebt haben. Es ist gut, dass wir heute auch mal für einen externen – so nenne ich das mal – Tagesordnungspunkt so viel Zeit hatten. Sonst haben wir viel gedrängtere Tagesordnungen als heute.

Der Dank für Ihr Engagement zum Erreichen von Klimaneutralität, zum Erhalt des Standorts, auch des Chemiestandorts Nordrhein-Westfalen, ist Ihnen schon von der Ministerin deutlich ausgesprochen worden. Ich schließe mich dem an und bedanke mich herzlich dafür, dass Sie sich heute Zeit für uns genommen haben und uns Ihre Studienergebnisse vorgestellt haben. Das passte gut in unseren Sitzungsplan. Wir haben den Termin ja hin und wieder verschoben, daher danke ich auch für die Flexibilität.

Sie sind herzlich eingeladen, wenn Sie das möchten und das Thema mit Herrn Stinka nachher noch weiter vertiefen wollen, der restlichen Sitzung von den Zuschauerplätzen aus beizuwohnen. Der Chemiepakt kommt ja auch noch mal unter Tagesordnungspunkt 8 vor, auch wenn dazu, glaube ich, schon viel gesagt worden ist.

Herzlichen Dank noch mal!

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

2 **NRW muss funktionieren: mit sozialer Sicherheit die Wärmewende in Deinem Viertel auf Augenhöhe gestalten!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13813

Ausschussprotokoll 18/963 (Anhörung vom 09.09.2025)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 21.05.2025)

Bei im Rahmen der Wärmeplanung erforderlichen Umbaumaßnahmen müsse zur Akzeptanzsteigerung ein sozialer Ansatz verfolgt werden, führt **André Stinka (SPD)** aus. Besonders in ihrem direkten Umfeld, im Quartier und in Bezug auf das Wohnen, könne Menschen verdeutlicht werden, dass durch die Wärmewende sowohl Klimaneutralität als auch eine Steigerung der Lebensqualität erzielt würden. In der Anhörung hätten Lukas Peuckmann von den Stadtwerken Münster sowie Dr. Jeanine Bucherer vom Westdeutschen Handwerkskammertag diesen Ansatz positiv bewertet.

Aus der Anhörung gehe hervor, dass Speichertechnologien stärker in den Fokus rücken müssten. In vielen Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft – er verweise auf das Unternehmen Iqony – werde daran gearbeitet, und einige Möglichkeiten biete der Markt bereits.

Darüber hinaus bestehe die Notwendigkeit, sich mit der Finanzierung der Wärmewende zu befassen. Auf Bundesebene seien dahin gehend Fortschritte erzielt worden. Es brauche Sicherheit, dass nach der Planung auch tatsächlich Umbaumaßnahmen erfolgten.

Zwar verfolge auch die CDU-Fraktion das Ziel bezahlbarer und verfügbarer dekarbonisierter Wärme, allerdings seien die Forderungen der SPD-Fraktion in Anbetracht schon ergriffener Maßnahmen nicht zielführend, stellt **Peter Blumenrath (CDU)** fest. Dementsprechend hätten sich in der Anhörung Dr. Jeanine Bucherer vom Westdeutschen Handwerkskammertag, Simon Adenauer von der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen sowie Dr. Andreas Hollstein vom VKU NRW kritisch zu dem Antrag geäußert.

Für die Diskussionen um einen Roll-out von Musterstädten, wie die SPD es anstrebe, fehle die Zeit, schließlich griffen die Änderungen im Gebäudeenergiegesetz bereits ab dem 1. Januar 2026. Anstelle von Planung gehe es nun um die Umsetzung der Wärmewende. Durch die frühe Einbindung des Handwerks und der Industrie in die kommunale Wärmeplanung könnten die technischen Möglichkeiten kosteneffizient angeboten werden. Das Handwerk, die Industrie und die Netzanbieter seien für die Umsetzung der Wärmewende gut vorbereitet. Der Markt für Wärmepumpen wachse; mittlerweile könnten Modelle mit bis zu 70°C Vorlauftemperatur erworben werden. Das Land und der Bund böten zahlreiche Förderungen an, beispielsweise im Rahmen der

Bundesförderung für effiziente Gebäude, der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze, des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, der KfW, der NRW.BANK und von NRW.Energy4Climate.

Um die Potenziale, große Wärmeressourcen in Fernwärmenetze einzuspeisen, zu eruieren, würden auf Landesebene geothermische Untersuchungen durchgeführt. Die Landesregierung widme sich auch den Großwärmepumpen, für die der Bund viele Förderungen offeriere.

Die ab 2026 nochmals verschärfte Photovoltaikpflicht werde in den nächsten zehn Jahren zu großen Fortschritten bei der Dekarbonisierung führen.

Die FDP-Fraktion begrüße zwar Quartierslösungen sowie die Vereinfachung von Mieterstrommodellen, so **Dietmar Brockes (FDP)**, lehne den Ansatz der SPD-Fraktion, Effektivität vor Effizienz zu stellen – dies entspräche einem Paradigmenwechsel – aber ab. Die größte Hebelwirkung für die Wärmewende entstehe bei der Umsetzung von Maßnahmen mit großer Wirkung für teilweise wenig Geld, auch wenn deren Ergebnisse möglicherweise noch nicht perfekt seien. Für dieses Prinzip „Easy First“ habe sich auch der Sachverständige Simon Adenauer von der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen ausgesprochen.

Laut VKU NRW, in der Anhörung vertreten durch Dr. Andreas Hollstein, gefährde der Fachkräftemangel, insbesondere im Tief- und Rohrleitungsbau, die Wärmewende. Diesem müsse dringend entgegengewirkt werden. Die Ablehnung des Haushaltsantrags der FDP-Fraktion zur Stärkung der Fachkräfteoffensive seitens der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen stoße bei ihm daher auf Unverständnis.

Christian Loose (AfD) rekapituliert eine Anhörung zum Landeswärmeplanungsgesetz vom 30. Oktober 2024 (Ausschussprotokoll 18/713). In dieser sei Wasserstoff als wesentliches Heizgas dargestellt worden. Obwohl Wasserstoff weder in ausreichender Menge noch zu wirtschaftlichen Preisen zur Verfügung stehen werde, hätten Gas- und Erdgaskraftwerke auf Wasserstoff umgestellt werden sollen. Angesichts der Forderungen nach Wärmepumpen und immer mehr E-Autos halte er es für illusorisch, mit diesem Ansatz die nötigen Strommengen bereitzustellen.

Seitdem habe niemand eine sinnvolle Lösung vorgestellt. Die SPD-Fraktion widme sich in dem vorliegenden Antrag unter anderem der Fernwärme im ländlichen Raum, nenne aber keinen vernünftigen Lösungsansatz. Stattdessen würden die Forderungen der SPD-Fraktion die Situation sogar verschlimmern.

Wie von Jörg Schneider von der Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit in der Anhörung dargelegt, werde in der Politik zwar stets Bürokratieabbau gefordert, dann würden aber doch neue Vorgaben gemacht. Die SPD-Fraktion fordere eine Preisaufsicht für Fernwärme und weitere ordnungsrechtliche Vorgaben, und die Europäische Union sehe die Einführung von Energieausweisen für Gebäude vor. Für die Energieausweise sollten im Hinblick auf die Energieeffizienz in jedem Mitgliedsstaat die schlechtesten 15 % der Gebäude identifiziert werden. Sinnvollerweise müsste die Klassifizierung aber europaweit

vorgenommen werden, denn die schlechtesten 15 % der Gebäude eines Mitgliedsstaates könnten in einem anderen zu den besseren Gebäuden gehören.

Die Kosten der Wärmetransformation könnten von Immobilieneigentümer und Mietern nicht getragen werden. Es werde versucht, die Attraktivität neuer Technologien zu steigern, indem alle anderen verteuert würden. Dementsprechend würden Öl und Erdgas besteuert. Da mit neuen Technologien kaum Energie gespart werde und sich das Weltklima somit nicht ändere, seien die dadurch entstehenden Kosten unnötig.

Die Wärmewende müsse sozial gestaltet werden, die Umsetzung dieses Ziels obliege zuvorderst allerdings der Bundesregierung, so **Michael Röls-Leitmann (GRÜNE)**. Die Forderungen der SPD-Fraktion richteten sich überwiegend an den Bund; an deren Umsetzung müsse daher weniger die Landesregierung als die von der SPD gestellte zuständige Bundesministerin Verena Hubertz gemessen werden.

Auf Bundesebene werde derzeit an einer Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes gearbeitet. In diesem Zuge gehe es auch um die weitere Ausgestaltung des Sondervermögens sowie der Bundesförderung. Er halte es für sinnvoll, die Überarbeitung abzuwarten und anschließend sinnvolle flankierende Maßnahmen zu beschließen.

Die markig vorgetragenen Forderungen zum Gebäudeenergiegesetz gelte es in Einklang mit der Realität zu bringen. Dementsprechend sei in der Anhörung geäußert worden, dass das Gesetz auf keinen Fall abgeschafft werden sollte und derzeitige zentrale Kernelemente erhalten bleiben müssten. Die von der Landesregierung durchgeführten Maßnahmen zur Geothermie dagegen seien in der Anhörung gelobt worden; Professor Dr. Rolf Bracke von der „Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geotechnologien IEG“ habe den Masterplan Geothermie hervorgehoben. Diesen werde die Landesregierung weiterverfolgen und weiterhin an einer sozial ausgestalteten Wärmewende arbeiten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

3 Reha-Land Nordrhein-Westfalen stärken – Rehabilitationseinrichtungen und Kurorte unterstützen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/13821

Ausschussprotokoll 18/1051 (Anhörung vom 12.11.2025)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 21.05.2025)

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 NRW muss funktionieren – Investitionsstau in NRW angehen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/14010

Ausschussprotokoll 18/1048 (Anhörung vom 11.11.2025)

(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Verkehrsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung, an den Sportausschuss, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 04.06.2025)

André Stinka (SPD): Ich will noch einmal kurz auf den Antrag eingehen, der von unserer Fraktion vor dem Hintergrund des bekannten Investitionsstaus in Nordrhein-Westfalen eingebracht worden ist. Der DGB hatte das Thema „Investitionsstau in Höhe von 156 Milliarden Euro“ vor geraumer Zeit aufgegriffen. Wir halten gerade vor dem Hintergrund der Situation in den Kommunen und in einigen Bereichen der Wirtschaft ein Investitionspaket für notwendig. Die Fraktion hat das deswegen eingebracht.

Die Landesregierung hat im Rahmen des Chemie- und Raffineriepakts von industrie-freundlichen Investitionen und Hilfen gesprochen. Ein Blick auf die Verteilung des Sondervermögens auf Landesebene zeigt, dass ein großer Teil für Bildung – das begrüßen wir – und weitere 20 % für energetische Sanierung – auch das ist sicherlich sinnvoll – vorgesehen sind, das Thema „Wirtschaft“ dagegen nicht einmal mit einer Zahl hinterlegt ist.

Es würde uns schon interessieren, wie die Landesregierung die Investitionen prozentual darauf sowie auf weitere Bereiche wie unter anderem „Sport“ oder „Kultur“ aufteilen möchte. Es sind richtigerweise schon 50 % für die Bildung festgelegt, genauso wie der Anteil für die energetische Sanierung. Für einen Hinweis dazu wären wir dankbar.

Erlauben Sie mir noch eine Frage zu einer Investitionsentscheidung eines Unternehmens. Vielleicht mag die Ministerin dazu Stellung nehmen, sofern sie Informationen dazu hat. Die Firma CLAAS hat Investitionen in OWL zurückgestellt. Liegen Ihnen Informationen dazu vor, warum das passiert ist und inwieweit sich das Ministerium dort eingeschaltet hat? Das passt hier nicht ganz, ich kann es unter dem Thema „Investitionen“ jedoch vermutlich fragen.

Dr. Patricia Peill (CDU): Bevor ich auf den Antrag eingehe, möchte ich kurz sagen: Es steht 1 Milliarde Euro als Budget für die Wirtschaftswende zur Verfügung. Das hätte man in der Ergänzungsvorlage zu unserem Haushalt lesen können.

Zu dem Antrag: Die SPD-Fraktion präsentiert den Investitionsstau als plötzliches Versagen der Gegenwart. Dabei hat sie selbst den Reformstau jahrelang wachsen lassen.

Ich sage es einmal so: Wer heute „Alarm“ ruft, sollte erklären, warum er gestern die Warnlampen nicht gesehen bzw. ignoriert hat.

Der Antrag gleicht einem Wunschzettel ohne Kassensturz: Milliardenforderungen ohne Gegenfinanzierung, neue Programme ohne klare Steuerung, sehr viele Überschriften, aber kein belastbares Gesamtkonzept. Es wird Bürokratieabbau gefordert, gleichzeitig werden jedoch neue Berichtspflichten geschaffen und neue Verwaltungswege eröffnet. Das ist so, als wollte man ein Feuer mit zusätzlichem Papier löschen. Die eigentlichen Herausforderungen wie Planungskapazitäten, Verfahren und Personal werden fast gar nicht angesprochen.

Unsere Landesregierung handelt, statt zu rufen, und zwar mit Rekordinvestitionen, Milliarden für Kommunen, für Schulen, Digitalisierung und Verkehr, mit dem Einstieg in die Altschuldenlösung und nun mit dem NRW-Plan für gute Infrastruktur. Das ist das größte Investitionspaket der Landesgeschichte.

Der SPD-Antrag enthält meiner Meinung nach viele laute Forderungen, aber nicht einen richtigen Ton zur Umsetzung. Ich halte ihn für politisch widersprüchlich, finanziell nicht solide und organisatorisch schwer praktikabel. Unser Fazit lautet: Wir lehnen diesen Antrag ab, weil Nordrhein-Westfalen keine Schlagworte, sondern Verlässlichkeit, Prioritäten und Umsetzungsstärke braucht. Investieren? Ja, aber solide, strukturiert und generationengerecht.

Christian Loose (AfD): Konsumieren oder investieren? Die SPD-Fraktion will beides. Sie von der SPD wollen deshalb keine Schuldenbremse. Sie sagen, die hätte den Investitionsstau verursacht. Nein, das Problem ist, dass Sie alle hier nicht sparen wollen. Sie wollen konsumieren, konsumieren, konsumieren. Es soll bequem sein. Deswegen wollen Sie sogenannte Sondervermögen – oder einfach: Sonderschulden – auflegen. Sie wollen den nachfolgenden Generationen mit Ihrem Antrag weitere Schulden aufbürden. Es kommen jetzt noch einmal 15 Milliarden Euro an finanziellen Lasten hinzu.

Das ist dann das Problem unserer Kinder. Der Investitionsstau ist aber nicht durch unsere Kinder entstanden, sondern weil Sie konsumiert haben. Sie haben auf Bundesebene und auch durch Landesgesetze ständig neue Anforderungen an die Kommunen gestellt. Sie wollen überall Klimamanager und Mobilitätsmanager haben. Das ist schlichtes Konsumieren. Diese Personen generieren keinerlei Mehrwert. Sie erbringen reine Beratungsleistungen und sollen damit irgendetwas am Weltklima ändern.

Nein, Sie verursachen hier einen Investitionsstau durch fehlendes Sparen. Deshalb können wir Ihren Antrag nur ablehnen.

André Stinka (SPD): Frau Dr. Peill, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze, aber eine Milliarde Euro auf zwölf Jahre ist für eine Landesregierung unter CDU-Führung ...

(Zuruf von Dr. Patricia Peill [CDU])

– Ja, ja, ja, das ist schon sehr billig. Wenn wir schon über den Investitionsstau reden, will ich Sie daran erinnern, dass Sie den NRW-Pakt gar nicht hätten, wenn es kein Sondervermögen gäbe. Dagegen hat sich – wenn mich nicht alles täuscht – der jetzige

Bundeskanzler lange mit Händen und Füßen gewehrt. Sie rekurrieren sehr auf die lange Regierungszeit der SPD. Wir wollen jetzt aber nicht damit anfangen, was Frau Merkel in 16 Jahren nicht investiert hat. Die Schäden sind nicht erst unter der Ampelkoalition entstanden. Deswegen war das ein bisschen billig.

(Zuruf von Dr. Patricia Peill [CDU])

Zu den soliden Finanzen. Auch der Landrat des Kreises Coesfeld – er gehört nicht meiner Fraktion an –, hält die Verteilung der Mittel, die aus dem NRW-Pakt kommen, für falsch, weil der Anteil von 47 % nämlich nicht auskömmlich ist. Deswegen zitiere ich ihn gerne. Ich wäre in diesem Ausschuss vorsichtig mit so viel Eigenlob, weil die Situation auch komplett anders aussehen könnte. Das wollte ich noch zu dem Investitionsstau sagen.

Herr Loose, bei Ihrer Partei ist es klar, dass Sie gesellschaftliche Veränderungen nicht verstehen. Das ist keine Frage. Es besteht aus meiner Sicht immer die Notwendigkeit, in die Gesellschaft zu investieren. Das sind nicht nur konsumtive Ausgaben. Wenn wir heute Schulen für meine Enkel bauen, haben die etwas davon und lernen ordentliche Berufe. Das will ich noch einmal deutlich machen.

Es entlarvt aber die AfD: Sie hatte niemals vor, etwas für die Gesellschaft zu tun, und wird es auch niemals tun, sondern nur für eine kleine, wohlhabende Oberschicht. Sie können sicher sein, dass ich den Menschen die Inhalte Ihres Steuerprogramms und Ihres Wahlprogramms bei jeder Möglichkeit mit Freuden näherbringe.

Sie sprechen über Konsum und betonen, dass zu diesem auch die Kultur gehöre, zu der Sie wahrscheinlich nur Leute mit schwarz-rot-goldener Krawatte zählen. Das ist falsch. Wir haben ein anderes Bild von der Gesellschaft. Investitionen in die Bereiche „Bildung“ und „Infrastruktur“ und in die Beratung von Menschen dazu, wie sie gut von A nach B kommen, halte ich immer für sinnvoll. Sie fahren einen sehr einseitig auf Wirtschaft ausgerichteten Kurs. Dieser wird vielen Teilen der Bevölkerung niemals helfen, das eigene Leben zu organisieren.

Das ist bitter für Sie und Ihr Umfeld, aber nicht für diejenigen, die hier versuchen wollen, eine Gesellschaft zu gestalten.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Dr. Peill, auch ich muss Ihnen deutlich widersprechen. Sie scheinen nicht viel im Land herumzukommen, wenn Sie die Lage als so schön bewerten, wie Sie es soeben dargestellt haben. Wir leiden wirklich unter einem akuten Investitionsstau.

Deshalb stimmen wir vielen Punkten aus dem SPD-Antrag inhaltlich zu. Die unbürokratische Weiterleitung von Mitteln aus dem Schuldentopf an die Kommunen ist dringend geboten, genau wie die Modernisierung der Landesliegenschaften, um das Land wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen. Planungsvorräte für Infrastrukturmaßnahmen? Ja, damit wir nicht immer zusehen müssen, wie Gelder in andere Bundesländer gehen, weil keines unserer Projekte direkt realisiert werden kann.

Die Erhöhung des Verbundansatzes im GFG und zum Beispiel auch den Abbau der kommunalen Förderprogramme hatten Sie sich auch einmal auf die Fahne geschrieben.

Mit dem Sonderprogramm ist das alles jetzt wieder vergessen. Jetzt werden wieder zusätzliche Förderprogramme aufgelegt, und damit mehr, als es vorher gab.

Stärkere Investitionen in Schule und Bildung und in die Verkehrsinfrastruktur, sowie die Fortführung des Programms „Moderne Sportstätten“ – all dies unterstützen wir absolut, Herr Kollege Stinka. Nur haben wir diese Forderungen über Änderungsanträge in den Haushaltsberatungen eingebracht und sie auch eins zu eins gegenfinanziert. Dies wäre meines Erachtens der richtige Ansatz und nicht noch ein weiteres Programm mit zusätzlichen Schulden in Höhe von über 15 Milliarden Euro, wie Sie es hier fordern.

Neben der Frage, wo die Mittel herkommen, muss auch ganz klar sein, dass wir – dazu kommt weder von der SPD noch von CDU und Grünen etwas, vom Wirtschaftsministerium ganz zu schweigen – endlich die Strukturreformen angehen. Hier gilt leider nach wie vor: Still ruht der See. Deshalb können wir dem Antrag nicht zustimmen. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf, aber das muss dann auch solide finanziert sein.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Bei dieser Debatte zum Thema „Investitionsstau“ sitzen viele selbst im Glashaus. Zu dem Antrag und dem Nordrhein-Westfalen-Plan 21,1 Milliarden Euro werden in den kommenden zwölf Jahren investiert, 10 Milliarden Euro davon werden pauschal und dazu noch 2,7 Milliarden Euro über Förderprogramme an die Kommunen gehen. 8,4 Milliarden Euro investiert das Land selbst in seine Infrastruktur.

Diese Investitionen werden als nicht ausreichend beschrieben. Die Ursache dafür liegt jedoch darin, dass es sich eben nicht um eine sachgerechte Aufteilung handelt, wenn 100 Milliarden Euro von insgesamt 500 Milliarden Euro an die Länder gehen. Den Bundesfinanzminister stellt die SPD.

Die Kommunen argumentieren aus unserer Sicht nachvollziehbarerweise, dass ihre Finanzausstattung insgesamt unzureichend sei. Die Sachverständigen in der Anhörung des federführenden Ausschusses haben deswegen darauf verwiesen – so wurde mir berichtet –, dass mehr finanzielle Unterstützung vom Bund benötigt werde. Aus eigener Kraft können Kommunen ihre finanzielle Lage nicht verbessern.

Das Land unterstützt besonders verschuldete Kommunen mit der Altschuldenhilfe. Es ist an der Zeit, dass auch der Bund seinen Anteil an dieser Stelle übernimmt. Insgesamt bringt dieser Antrag niemanden weiter. Wir sind davon überzeugt, dass die SPD mehr bewirken könnte, wenn sie ihren Bundesfinanzminister in die Pflicht nähme, und lehnen den Antrag ab.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Stinka, wenn die Elite ein gesellschaftliches Programm von oben herab vorgibt – das tun Sie mit all Ihren Vorgaben und Beratungen, wie den Klima- und Mobilitätsberatungen –, dann zeigt das, welches Gesellschaftsbild Sie haben. Sie haben einen Bürger vor Augen, der bevormundet und beraten werden möchte, und glauben, dass der Bürger dies wirklich will. Die Umfragen zeigen aber, dass die Bürger Freiheit und eben keine Bevormundung von oben wollen: 15 % sind es jetzt bundesweit für die SPD.

Stärkere Investitionen sind sinnvoll, aber nicht durch Schulden, sondern durch Sparen oder durch eine geeignete Gegenfinanzierung. Das heißt nicht etwa, Schulden zu machen. Sozialisten dies zu erklären, ist natürlich schwierig.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Auf diesen Unsinn würde ich gerne einmal kurz reagieren. Hier von „Eliteprojekten“ zu sprechen, deutet auf eine ziemlich verquere Logik bei Ihnen hin. Jeder Landwirt, jeder Waldbesitzer, jeder Garteneigentümer, jeder Kleingartenbesitzer, jede Kleingartenbesitzerin – alle merken, wie sich die Welt draußen verändert, welche Auswirkungen unter anderem Klimawandel und Luftverschmutzung oder auch der Lärm in den Städten haben.

Dies sehen alle Menschen vor Ort, außer den Mitgliedern einer Partei. Es ist sehr bedauerlich, dass Sie es hier so darstellen, als wären die Menschen, die Wissen weitergeben, um das Leben zu bewältigen, in den Kommunen, in den Städten ... Wir können nicht alle im Detail alles über alles wissen, also etwa, welche Heizung die beste ist oder wie man Landwirtschaft, Gartenbau oder die Bewirtschaftung im Wald konkret an die massiven Herausforderungen anpasst, mit denen wir derzeit konfrontiert sind.

Beratung ist dezidiert notwendig, und ich bin froh, dass es Menschen gibt, die die Kompetenz haben, mich zu beraten und mir zu erklären, wie bestimmte Dinge funktionieren. Ob ich die Erklärungen annehme, kann ich immer noch selbst entscheiden, denn so kompetent ist jeder.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich sehe vorerst keine weiteren Meldungen aus dem Ausschuss. Frau Ministerin wurde gesprochen und wird auch noch einmal auf den Antrag, die Diskussion und die Frage von Herrn Stinka eingehen. – Frau Ministerin.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Das mache ich sehr gerne. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Lieber André Stinka! Liebe Abgeordnete! Ich will nur richtigstellen, dass der NRW-Plan, die Investitionsgarantie für Nordrhein-Westfalen, strategisch vor allem eine Entlastung der Kommunen ist. Von insgesamt 31 Milliarden Euro über zwölf Jahre gehen knapp 70 %, 21 Milliarden Euro, in die Kommunen, 10 Milliarden Euro davon erhalten sie als Pauschale.

Die öffentlichen Investitionen werden – das ist der Gang der Geschichte – private Investitionen nach sich ziehen. Sie sind aufgrund dieser Hebelwirkung ein wirksames Mittel, um den Investitionsstau aufzulösen.

Ein wesentlicher Teil der Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat unter dieser von CDU und Grünen gebildeten Regierung den Einstieg in die Entlastung bei den Altschulden gefunden. Unsere Kommunen sind der größte öffentliche Investor in Nordrhein-Westfalen. Flankierende Instrumente wie NRW.BANK.Invest Zukunft speziell für kleine und mittelständische Unternehmen zeigen uns, dass wir einen Nagel auf den Kopf getroffen haben. Investitionen werden ermöglicht, weil sich die Bedingungen verbessert haben.

Ich nenne zur allgemeinen Erhellung gerne ein, zwei Zahlen zur Investitionsquote des Wirtschaftsministeriums: 2017, unter meinem Vorgänger, lag die Investitionsquote bei 10,3 %, unter meinem Vorgänger – da nehme ich 2020 als Jahreszahl – waren es

23,7 %, und in diesem Jahr sind wir nach einem stetigen Aufwachsen seit 2022 bei 58,1 % der Mittel im Einzelplan angekommen, die investiv eingesetzt werden.

Was bedeutet das? Durch die schwierige wirtschaftliche Lage haben wir deutlich weniger Möglichkeiten und haben uns im Wirtschaftsministerium klar den Fokus gesetzt, Investitionen zu tätigen bzw. mit den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, private Investitionen anzuregen.

Als letzten Punkt, lieber André Stinka, möchte ich auf Ihre Frage nach Borchten antworten. Es gibt dort eine 95-prozentige Förderung und eine sehr, sehr gute Zusammenarbeit der damit befassten Abteilungen im Wirtschaftsministerium. Dazu gehört die Abteilung 2, die sich um die Ansiedlung kümmert, die Abteilung 5, die sich der Struktur- und Regionalpolitik widmet, und NRW.Global Business, das sehr gut mit der Stadt zusammengearbeitet hat, in der nun eine sehr attraktive Wirtschaftsfläche entsteht. Dabei ist wie gesagt eine Förderung des Landes zu 95 % möglich geworden.

Was bei CLAAS die Entscheidung hervorgerufen hat, dort nicht mehr investieren zu wollen, müssten sie bitte mit dem Unternehmen besprechen. Dazu liegen mir keine konkreten Informationen vor. Die gute Nachricht lautet: Mit diesen Wirtschaftsflächen als Teil eines guten Standortes in Nordrhein-Westfalen haben wir gezeigt, was möglich wird, wenn alle an einem Strang und dann auch noch in dieselbe Richtung ziehen. Borchten kann glücklich sein. Mit Sicherheit werden sich in einer solch guten Region wie Ostwestfalen-Lippe bzw. dem Paderborner Land ausreichend viele Interessenten und Interessentinnen ansiedeln wollen.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Ministerin, so sehr Sie Ihren Investitionsplan loben, muss man doch deutlich sagen, dass er rein schuldenfinanziert ist und sich auf nur fünf Projekte bezieht, insbesondere im Wasserstoffbereich: darunter ein sehr, sehr großes, über das wir schon häufiger gesprochen haben und das die größte Direktsubventionierung erhält, die das Land je ausgesprochen hat. Der Mittelstand profitiert von Ihren Investitionen leider nicht.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Sie haben recht, dass mit der größten Einzelförderung des Landes sowohl eine Perspektive für Stahlproduktion in Nordrhein-Westfalen am Standort Duisburg ermöglicht werden soll. Den Teil, den wir als Land dazu beitragen können, übernehmen wir sehr gerne in einer Kofinanzierung mit dem Bund im Rahmen eines IPCEI-Projektes.

Es ist für Europa nämlich aus unserer Sicht von entscheidender Bedeutung, dass wir Widerstandsfähigkeit und damit auch einen bestimmten Teil der Stahlproduktion hier halten. Darüber hinaus gilt die übliche Logik deutscher Produktion: Je teurer wir sind, desto besser muss unsere Qualität sein, und für Qualität – das haben wir gerade gehört – gibt es schon jetzt Nischenmärkte. Diese weisen die höchsten Margen für alle Produkte auf, für die der Beweis der Rohstoffleichtigkeit und der Klimaneutralität schon erbracht wurde.

Es wird unsere Aufgabe sein, aus dem Wirtschaftsministerium heraus im Land aber auch in Richtung des Bundes weiterhin deutlich zu machen – Sie haben recht: Es ist

schuldenfinanziert –: Bei der Investitionsgarantie für alle Akteurinnen und Akteure in NRW über den Nordrhein-Westfalen-Plan müssen wir zum Beispiel über grüne Leitmarktideen in den Vergaben sicherstellen, dass das, was hier aus dem Ideenreichtum unserer Menschen entstanden ist, auch in die Innovationszyklen im Markt eingehen kann.

Daraus leitet sich ein Punkt ab, den ich vorhin nicht beantwortet habe, lieber André Stinka. Es ist auch Teil des Nordrhein-Westfalen-Plans, dass eine Summe in Höhe von 1,3 Milliarden Euro über zwölf Jahre für die Wirtschaftswende und die Forschung ausgegeben werden soll. Damit greifen wir genau die Punkte auf, die wir vorhin unter Top 1 bei der Vorstellung der Studie gehört haben. Wir möchten nämlich möglichst auch die Bioökonomie, die Kreislaufwirtschaft und den Ausbau der Netze anreizen, die der Klimaneutralität dienlich sind, wie zum Beispiel diejenigen für die Wärmeversorgung, und einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass wir das insgesamt schaffen.

Die Dauer von zwölf Jahren und die Investitionsgarantie sind deswegen wichtig, weil alle Beteiligten in der Verwaltung und in den Unternehmen dann die Gelegenheit haben, Kapazitäten aufzubauen.

Abschließend möchte ich gerne darauf hinweisen, dass wir in dieser Landesregierung auch die wichtige Fach- und Arbeitskräfteoffensive nicht aus dem Blick verlieren. Denn diese wird darüber entscheiden, ob die vielen Möglichkeiten zu zeigen, was in Nordrhein-Westfalen steckt, die jetzt gerade entstehen, auch tatsächlich abgearbeitet werden können.

Dr. Patricia Peill (CDU): Ich möchte doch einmal auf Herrn Brockes eingehen. Es gibt eine Pressemitteilung vom 28. Mai 2021, der zufolge Minister Pinkwart die IPCEI-Projekte damals mit auf den Weg gebracht hat. Ich bin etwas erschrocken darüber, dass die FDP-Fraktion sich jetzt in dieser Form von diesen wichtigen Projekten distanziert.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

5 Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/16518

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/16930

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 26.11.2025)

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag aus der Obleuterunde, eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags durchzuführen und die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen auf den 30. Januar 2026 zu legen.

6 Drohende Vollbremsung bei der Solarenergie: Wie will die Landesregierung den PV-Ausbau ankurbeln? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4472

André Stinka (SPD) erkundigt sich nach der Zusammensetzung der neu eingerichteten Taskforce „Industrie- und Energietransformation“ sowie deren Arbeitsweise. Zudem bitte er das Ministerium um eine Einschätzung zu dem Arbeitsblatt 61 des LANUK namens „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW“, auf deren Basis ökologische Eingriffe von Freiflächen-Photovoltaik streng bewertet würden.

Bei Freiflächen-Photovoltaik handele es sich zwar um die einfachste Art des Ausbaus, allerdings ständen in Nordrhein-Westfalen zu wenige Flächen zur Verfügung, sagt **Dietmar Brockes (FDP)**. Oft werde daher auf Landwirtschaftsflächen ausgewichen.

Daher interessiere ihn, inwieweit andere innovative Photovoltaikarten unterstützt würden. Sowohl Agri- als auch Floating-Photovoltaik nähmen an Bedeutung zu. Ministerpräsident Hendrik Wüst habe zu seiner Zeit als Verkehrsminister Nordrhein-Westfalens die Überhausung von Straßen zwecks Errichtung von PV-Anlagen angeregt.

Die angesprochene Taskforce sei aus der Taskforce „Ausbaubeschleunigung Windenergie NRW“ hervorgegangen, deren Arbeit die Prozesse im Bereich der Windenergie sehr beschleunigt habe, informiert **StS'in Silke Krebs (MWIKE)**. Die jetzige Taskforce widme sich der Transformation ganzheitlich, umfasse mehrere Ministerien und Einrichtungen und treffe sich viermal im Jahr. In der Zwischenzeit werde in Unterarbeitsgruppen daran gearbeitet, Hindernisse bei der Energietransformation aufzulösen.

Die Landesregierung sei davon überzeugt, dass sich Naturschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien gut vereinbaren ließen. Ergänzt durch Standardisierungen zu Freiflächen-Photovoltaik solle das seit längerem existierende Arbeitsblatt 61 Behörden und Projektierenden helfen. Zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr finde ein Dialog statt, um einen möglichst ungehinderten Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik zu erreichen.

Aufgrund der zu geringen Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu anderen Freiflächen-Photovoltaikanlagen bestehe an der Überhausung von Straßen mit Photovoltaikanlagen kein Interesse.

Gerade weil Agri-Photovoltaik die Doppelnutzung einer Fläche ermögliche, fördere die Landesregierung diese, führt **MR Julian Rosin (MWIKE)** aus. Im Rahmen einer gemeinsamen Kampagne mit der Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate würden Projektierenden, Kommunen sowie Landbesitzerinnen und -besitzern im Rahmen von

Onlineveranstaltungen, Vernetzungstreffen, Broschüren und Leitfäden Informationen zu Agri-Photovoltaik zur Verfügung gestellt. Beim Förderprogramm progres.NRW seien über 100 Anträge zu Agri-Photovoltaik eingegangen, die nahezu vollständig bedient werden könnten.

Das auf Bundesebene verabschiedete Solarpaket I habe leider noch nicht in Kraft gesetzt werden können, da die beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Union noch ausstehe. Daher sei in diesem Bereich derzeit vor allem die Landesregierung aktiv, die versuche, den Hochlauf von Agri-Photovoltaik zu befördern und Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter zu entwickeln.

André Stinka (SPD) erkundigt sich, wann mit einem Ende der Abstimmungen zu rechnen sei. Investoren bräuchten Klarheit über die auf sie zukommenden Kosten, und Auflagen verteuerten schließlich die Investitionen und den Stromertrag.

Dietmar Brockes (FDP) bittet erneut um Antwort, inwieweit die Landesregierung Floating-Photovoltaik fördere.

Er zweifle nicht an den Kosten einer Überhausung von Straßen, allerdings könnte diese wie Agri-Photovoltaik Doppelfunktionen erfüllen. Derartige Anlagen könnten vor Lärm schützen oder Radwege vor Wind und Nässe schützen, was zu einer Attraktivitätssteigerung führen würde. Lärmschutzwände sowie die Auf- und Ausfahrten von Landesstraßen böten sich dafür ebenfalls als Flächen an. Er wolle wissen, ob die Landesregierung Maßnahmen ergreife, um dieses Potenzial zu nutzen.

Das Ziel laute, den Prozess rund um das Arbeitsblatt 61 zu Beginn des ersten Quartals 2026 abzuschließen, berichtet **StS'in Silke Krebs (MWIKE)**.

Für den Energiebedarf Nordrhein-Westfalens müssten bei Freiflächen-Photovoltaik noch Potenziale erschlossen werden; es bestehe hoher Aufholbedarf. Das Land fördere Anlagen, für die Aufwand und Nutzen in einem optimalen Verhältnis zueinanderständen. Dies sei bei der Überhausung von Straßen nicht der Fall; bei anderen Photovoltaikarten gestalte sich das Verhältnis weitaus günstiger. Neben der Installation von Photovoltaikanalagen müssten bei einer Überbauung hohe Sicherheitsstandards gewährleistet werden.

Die Nutzung von Photovoltaikanlagen an Lärmschutzwänden funktioniere hingegen gut. Die Planung für solche Anlagen an Straßen und in anderen geeigneten Bereichen sei erleichtert worden; diese Technologie befinde sich im Hochlauf.

Floating-Photovoltaik werde von der Landesregierung ebenfalls sehr gefördert, erläutert **MR Julian Rosin (MWIKE)**. Für die genehmigenden Stellen und für Projektierende seien zusammen mit NRW.Energy4Climate mehrere Leitfäden verfasst worden. Es werde daran gearbeitet, bei der Floating-Photovoltaik einen Hochlauf zu erreichen. Derzeit gebe es in Nordrhein-Westfalen nur sehr wenige Anlagen.

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr habe gemeinsam mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr zuletzt eine Bundesratsinitiative zur

Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes gestartet. Dieses solle dahin gehend geändert werden, dass mehr Flächen, gerade von Abgrabungsgewässern, für Floating-Photovoltaik genutzt werden können. Eine entsprechende Änderung durch den Bundesgesetzgeber könnte die Wirtschaftlichkeit von Floating-Photovoltaik erhöhen. Derzeit gebe es noch nicht viele nutzbare Wasserflächen, wodurch sich möglicherweise erkläre, warum zu Floating-PV noch nicht viele Anträge gestellt worden seien. Immerhin zwei Anträge könnten aber bald beschieden werden. Beide Projekte würden engmaschig begleitet, um Erfahrungen zu sammeln, mit denen die Technologie insgesamt vorangebracht werden könne.

7 **Wie nutzt die Landesregierung die Verpachtung landeseigener Flächen für die Windenergie als Einnahmequelle?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4477

Zu folgender Passage aus dem Bericht hat **René Schneider (SPD)** Rückfragen:

„Der Vermittlungs- und Servicevertrag regelt, dass Caeli Wind im Auftrag des Landesbetriebs Wald und Holz NRW über den unternehmenseigenen digitalen Marktplatz vermittelt. Dazu identifiziert Caeli Wind Potenzialflächen und stimmt diese mit dem Landesbetrieb ab.“

Angesicht der bereits durch das LANUK ermittelten und in den Regionalplänen erfassten Potenzialflächen wisse er nicht, welche Potenzialflächen durch Caeli Wind identifiziert werden sollten. Zweitens bitte er um Mitteilung, ob bei der Abwägung Aspekte des Naturschutzes berücksichtigt würden, und falls nein, warum nicht.

Im Ausschuss bestehe weitgehend Einigkeit über das Ziel, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Die für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung stehenden Flächen seien den Unternehmen bekannt, dennoch werde mit Caeli Wind ein Unternehmen als Mittler eingeschaltet, welches von den Windenergieentwicklern eine Gebühr verlange. Da dieses Vorgehen die Energiewende verteuere und behindere, frage er die Ministerin, warum sie dem nicht widerspreche und ob sie mit Ministerin Silke Gorißen (MLV) über dieses Thema gesprochen habe.

Relevant seien zuerst die in den Regionalplänen festgehaltenen Windenergiebereiche, führt **OFR Gregor Stitz (MLV)** aus. Caeli Wind führe unter Verwendung entsprechender Software eine Zweitanalyse durch, in die mehrere Faktoren, darunter die Windhöflichkeit, einfließen. Dadurch würden die interessantesten Standorte identifiziert, auf deren Vermarktung sich zuerst konzentriert werden solle.

Bei der von Caeli Wind in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW durchgeführten Analyse würden Naturschutzaspekte berücksichtigt. Regularien sähen vor, dass der Fokus prioritär auf Kalamitätsflächen und auf Nadelholzflächen geringerer ökologischer Wertigkeit zu liegen habe.

Projektierer, die Angebote für ausgeschriebene bzw. potenzielle Windenergieflächen einreichen wollten, könnten dann auf die Vorarbeit von Caeli Wind zurückgreifen; ihnen werde also Arbeit abgenommen. Komme es nach einem Vorschlag von Caeli Wind zu Vertragsabschlüssen bezüglich der Errichtung von Windparks, stelle Caeli Wind die erbrachte Leistung natürlich in Rechnung.

Die Landesregierung wolle den kontinuierlichen Hochlauf erneuerbarer Energien gemeinsam vorantreiben, ergänzt **Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)**. An einer Vergabeoffensive werde intensiv gearbeitet. Im Rahmen der Taskforce „Ausbaubeschleunigung

Windenergie NRW“ seien die notwendigen Verfahren für deren Ermöglichung konstruktiv besprochen worden.

Wann immer möglich, unterstütze sie Ministerin Silke Gorißen (MLV) gerne. Die Zusammenarbeit der Abteilungen beider Ministerien werde bald zu sichtbaren Fortschritten führen.

Die Einschätzung, es brauche Caeli Wind als Vermittler, teile er nicht, so **René Schneider (SPD)**. Schließlich hätten ohne Caeli Wind bereits 90 ha vermarktet werden können; nur für 42 ha bestehe noch keine vertragliche Bindung. Die angesprochene Windhöflichkeit werde sowieso berücksichtigt, und den Projektierern seien die notwendigen Daten auch ohne Vermittler bekannt. Caeli Wind leiste also keinen notwendigen Beitrag zur Entwicklung von Windenergieprojekten, werde aber vergleichbar mit einem Immobilienmakler, der auf einem überhitzten Markt eine hohe Provision nur für das Auf- und Zuschließen einer Tür kassiere, sehr gut entlohnt. Die dadurch entstehenden Kosten bremsten die Entwicklung aus.

Er erkundige sich beim Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie nach der Höhe der von Caeli Wind erhobenen Gebühr sowie danach, ob diese festgeschrieben sei, prozentual ermittelt werde oder auf den erwarteten Return on Investment umgelegt werde. Ihn interessiere, ob Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) über dieses Thema mit Projektieren gesprochen habe und wie deren Rückmeldungen ausfielen.

Die Einbeziehung von Caeli Wind bremse die Vermarktung nicht, sondern beschleunige sie, widerspricht **StS'in Silke Krebs (MWIKE)**. Da der Landesbetrieb Wald und Holz NRW nicht über ausreichend Fachkompetenzen verfüge, um potenzielle Windkraftflächen zu beurteilen, halte sie das Hinzuziehen von Caeli Wind und deren angemessene Vergütung für gerechtfertigt. Auf die Kostengestaltung könne sie nicht eingehen.

Laut des Berichts seien Beteiligungsmöglichkeiten und örtliche Teilhabe Einzelkriterien bei der Ermittlung geeigneter Projektierer, erwähnt **Michael Röls-Leitmann (GRÜNE)**. Er erkundige sich nach deren Gewichtung sowie nach der Berücksichtigung von kommunalen Gesellschaften und Genossenschaften in dem Bewertungsschema.

Hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten interessiere ihn das Ziel der Landesregierung, schließt sich **Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)** der Frage seines Vorredners an. Ein Ziel könnte es sein, wie im Bürgerenergiegesetz NRW vorgesehen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den Windkraftanlagen zu erreichen; die Zielvorgabe – auch im Rahmen der Beauftragung von Caeli Wind – könnte aber auch lauten, möglichst hohe Erträge für den Landesbetrieb Wald und Holz NRW zu erwirtschaften, also dem meistbietenden Projektierer den Zuschlag zu erteilen.

Laut seinem Verständnis seien 562 ha der Waldfläche des Landesbetriebs Wald und Holz NRW in den Regionalplänen als Windvorranggebiete ausgewiesen. Von diesen

bestehe für 132 ha keine vertraglichen Bindungen, wobei für 90 ha gerade ein Verfahren laufe. Er frage nach der aktuellen Genehmigungslage für die nicht näher erwähnte übrige Fläche und danach, ob für diese bereits Vorverträge abgeschlossen worden seien.

Da sich beim hochkomplexen Thema „Windkraft“ ständig etwas ändere und Windkraft nicht zum Kerngeschäft des Landesbetriebs Wald und Holz NRW zähle, halte er das Hinzuziehen von Caeli Wind für sinnvoll und nachvollziehbar, betont **Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)**. Die Erwartung, ohne externe Kompetenzen auskommen zu können, sei naiv.

Wenn Windkraft tatsächlich nicht die Kernkompetenz des Landesbetriebs Wald und Holz NRW sei, stelle er sich die Frage, warum rund 80 ha Fläche bereits in Eigenregie vermarktet worden seien und ob bei deren Vermarktung durch eine Agentur wie Caeli Wind womöglich mehr Gewinn hätte erzielt werden können, erwidert **René Schneider (SPD)**. Demzufolge müsste sich durch die Einbeziehung von Caeli Wind der Profit erhöht haben, und er wolle wissen, ob dies zutreffe.

In den Regionalplänen würden 562 ha des Landesbetriebs Wald und Holz NRW als Windenergieflächen ausgewiesen, erläutert **OFR Gregor Stitz (MLV)**. Davon seien für 430 ha zwischen 2012 und 2018 Verträge abgeschlossen worden. Für 132 ha bestehe noch keine vertragliche Bindung durch Gestattungsverträge, und davon laufe für 90 ha bereits ein gemeinsames Verfahren mit Caeli Wind. Somit liege das Potenzial noch nicht vertraglich gebundener Flächen bei 42 ha. Für diese fänden auch noch keine Vertragsverhandlungen statt.

Vor dem Start von Vertragsverhandlungen würden die Angebote der Projektierer anhand eines Kriterienkatalogs bewertet, laut dem unter anderem Beteiligungsmöglichkeiten berücksichtigt würden. Entsprechend der Landeshaushaltsordnung fließe die Wirtschaftlichkeit mit einer Gewichtung von mindestens 60 % in die Bewertung ein. Darüber hinaus sei darauf geachtet worden, in den Kriterien eine waldschonende Bauweise sowie Beteiligungsmöglichkeiten, also ökologische und soziale Aspekte, abzubilden. Im Rahmen des Kommunikationskonzepts würden die örtliche Teilhabe der lokalen Bevölkerung in einem gewissen Radius – diese sei im Sinne des Bürgerenergiegesetz NRW – und die kommunale Beteiligung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz einbezogen.

Für lokale Bürgerenergiegenossenschaften seien Share Deals von Bedeutung: Dabei vereinbarten Flächeneigentümer mit den Projektierern üblicherweise eine prozentuale Beteiligung am geplanten Windenergiepark. Eine direkte Beteiligung des Landesbetriebs Wald und Holz NRW sei dabei nicht von Interesse, es werde bei der Vertragsgestaltung aber darauf geachtet, dass die prozentuale Beteiligung auf Bürgerenergiegenossenschaften übergehen könne. Diese könnten sich dann mit ihrem Kapital an dem Windpark beteiligen.

René Schneider (SPD) fragt erneut, ob durch die Vermarktung durch Caeli Wind der Ertrag höher liege als vorher oder ob sich dies nicht beantworten lasse. Das Einsetzen eines solchen Vermittlers führe stets zu höheren Kosten, entscheidend sei, für wen.

Ob die Kosten durch die Vermittlung von Caeli Wind gestiegen seien, lasse sich nicht beantworten, berichtet **OFR Gregor Stitz (MLV)**. Die Pachtkosten stiegen seit übereinem Jahrzehnt kontinuierlich, sodass nicht abschließend ermittelt werden könne, welchen Anteil an dieser Steigerung die Dienstleistung von Caeli Wind ausmache.

Neun von Caeli Wind abgewickelte Projekte für Windkraftanlagen ständen kurz vor dem Vertragsabschluss; allerdings müssten die Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz noch abgeschlossen werden. Da die Vermarktung von Windenergieflächen nicht primär in den Aufgabenbereich des Landesbetriebs Wald und Holz NRW falle, sei es wichtig, in Caeli Wind einen Partner mit dem entsprechenden Know-how zu haben. Dadurch könne den Projektierern in Verhandlungen auf Augenhöhe begegnet werden.

8 Streit um den Emissionshandel: Wird der Chemie- und Raffineriepakt Opfer grüner Wirtschaftspolitik? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4603

André Stinka (SPD): Ein Blick auf den Chemie- und Raffineriepakt zeigt, dass dieser auch als Arbeitsprogramm der Landesregierung gesehen wird. Darin stellen Sie den Emissionshandel I deutlich als ein marktwirtschaftliches Instrument heraus und geben den Hinweis, dass der Industrie größere Handlungsspielräume eingeräumt werden sollen. Hinsichtlich dessen Ausgestaltung interessiert uns, was Sie darunter verstehen.

Frau Ministerin, quasi zeitgleich mit der Unterschrift des Pakts, nur wenige Tage später fand ein Landesparteirat Ihrer Partei statt. In dem Beschlusstext zum Pakt findet sich wenig dazu, dass beim ETS I Änderungen beim Zeitstrahl und bei der Zuteilung der Zertifikate vorgenommen werden sollen. In dem Text werden flankierende Maßnahmen wie der Industriestrompreis etc. genannt, diese haben aber wenig mit dem ETS zu tun.

In der Anhörung zu unserem Antrag zur chemischen Industrie hat die grüne Fraktion das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gefragt, ob das ETS für die Situation unproblematisch wäre. Die Antwort des Wuppertal Instituts lautete: Leider nein, es ist auch Verursacher der Krise und Teil der Problemkulisse.

Deswegen interessiert uns, welche Haltung die Landesregierung insgesamt zum Chemiepakt und zum ETS I hat und wie diese in Zusammenhang mit dem Beschluss Ihrer Partei, in dem nur flankierende Maßnahmen erwähnt werden, zu sehen ist. Wir erkennen schon einen deutlichen Unterschied. Wir erachten diesen Aspekt, den wir heute Morgen auch schon angesprochen haben, als entscheidend. Die Landesregierung muss sich bei Fragen zum ETS I in der nächsten Zeit auch auf europäischer Ebene verhalten. Wie sehen Sie das? Das ist die erste Frage, und nun hören wir erst mal zu.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht. Ich habe auch ein paar Nachfragen. In dem Bericht heißt es, dass aus der Analyse von SCI4climate.NRW hervorgeht, dass im Jahr 2045 nur etwa 17 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr als unvermeidbare Emissionen gegeben sein werden. Wie geht es danach weiter? Bleibt es starr bei diesen 17 Millionen Tonnen? Wie ist der Pfad bis 2050 zum Beispiel denkbar? Dazu wüsste ich gerne, ob Sie uns sagen können, wie sich die Emissionen auf die einzelnen Branchen verteilen. Falls das zu speziell ist, kann das gerne schriftlich nachgereicht werden.

Mit dem Chemiepakt haben Sie eine Branche in den Fokus genommen, es gibt aber leider noch genügend andere Branchen in Nordrhein-Westfalen, denen es auch nicht besser geht. Stehen Sie mit anderen Branchen im Austausch, um ähnliche Vereinbarungen zu treffen, und falls ja, mit welchen? Sind Branchen auf Sie zugekommen, um solche branchenspezifischen Vereinbarungen zu treffen?

Christian Loose (AfD): Im Bericht steht:

„Viele Unternehmen stehen an der Rentabilitätsgrenze oder bereits darunter, Investitionen werden verschoben oder ins Ausland verlagert.“

Dann erwähnen Sie den gemeinsamen Chemie- und Raffineriepakt mit den Verbänden der Chemie- und Raffineriewirtschaft sowie mit der IGBCE. Die IGBCE hat ihre Mitglieder ja befragt, und 75 % der Mitglieder halten die Transformation für etwas Negatives. Mir fallen Beispiele ein wie INEOS Phenol in Gladbeck oder BASF in Ludwigshafen. Ich lese aus einem Bericht der dpa von diesem Montag vor – Zitat –:

„Mehr als 6.000 Unternehmen haben 2025 in Nordrhein-Westfalen Insolvenz angemeldet. In keinem Bundesland werden so viele Fälle gezählt.

[...]

Die Zahl der Firmenpleiten steigt laut einer Studie erneut kräftig. Bis Ende des Jahres rechnet die Auskunftei Creditreform mit 6.320 Unternehmensinsolvenzen – 10,7 % mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs fällt damit stärker aus als in Deutschland insgesamt.“

Frau Neubaur, die Unternehmen stehen nicht an der Rentabilitätsgrenze, wie Sie das schreiben, sondern viele liegen bereits deutlich darunter und sind schlichtweg insolvent. Sie aber legen einen schönen Chemie- und Raffineriepakt NRW auf und ignorieren einfach die Realität. Die Realität ist, dass die Industrie abwandert, dass Industriebetriebe schließen, dass wir einen Großteil der Wertschöpfung verlieren. Wir verlieren unglaublich viele gut bezahlte Industriearbeitsplätze. Wir haben dazu in dieser Woche einen Bericht der Elektroindustrie gehört.

Ihre Lösungen sind immer die gleichen. Es soll jetzt einen Industriestrompreis von 5 Cent geben, aber nur für 50 % der Strommenge. Der Rest bleibt teuer. Sie wollen LNG-Gas statt günstigen Gases aus Pipelines. Das kann politisch so gesehen werden, führt aber dazu, dass die Industrie bei uns in Deutschland weiter leidet, dass die Chemieindustrie weiter ihre Mitarbeiter entlässt. Ihre Politik führt NRW so dann leider auch in den Abgrund.

Thomas Okos (CDU): Ich möchte die Arbeit der Ministerin, der Landesregierung loben. Der Chemie- und Raffineriepakt besticht durch Pragmatismus, und Pragmatismus wird eingefordert.

Ich wundere mich stark über Ihren Wortbeitrag, Herr Loose. Dieser hat eigentlich gezeigt, dass die AfD eine Art Russlandpakt, einen Geschichtspakt oder Ähnliches und die Transformation nicht angehen will.

Bei dem Pakt waren genau die Akteure involviert, um die es geht. An den gesammelten Ergebnissen merkt man, dass das anders ist als von Herrn Stinka angedeutet, der eine Wertung hinsichtlich irgendeiner Parteipolitik vorgenommen hat. Es geht beim Werben um den Industriestrompreis, den die Ministerin im Interesse unseres Landes und der hier bei uns tätigen Betriebe und Arbeitnehmer über Jahre vorangetrieben hat, und bei den Anpassungen, die wir beim Emissionshandel, beim ETS vornehmen müssen, um Pragmatismus. Das ist folgerichtig, und das brauchen wir.

Auch wenn wieder diese politische Färbung hereinkommt – das ist wohl das Spielchen bei diesem Thema –, muss festgestellt werden, dass es um den Einklang von Ökologie und Ökonomie geht, den es zu vermitteln gilt. Das wurde heute auch durch Herrn Kappehagen deutlich. Man kann sich nicht nur auf eine Seite schlagen, sondern das sind zwei Seiten einer Medaille. Daher sind wir für den Beitrag, der in der Chemie geleistet wird, sehr dankbar.

Es kam auch die Frage auf, warum eigentlich diese Branche gewählt wurde: Sowohl bei den Wertschöpfungsketten als auch bei der Produktivität ist sie einfach ein Kernelement. Daher ist es gut, dass das mit dieser Wertschätzung angenommen wurde.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Der liebe André Stinka hat mir die Frage gestellt, wie die Landesregierung denn eigentlich dazu steht. Im Chemie- und Raffineriepakt wurde ziemlich gut aufgeschrieben, wie die Landesregierung zusammen mit der Gewerkschaft IG BCE und dem VCI die Entscheidung für Investitionen in Ressourcenleichtigkeit und in Klimaneutralität in Nordrhein-Westfalen vereinbart hat. Dabei wird berücksichtigt, dass das ETS das zentrale Klimainstrument ist und bleiben soll. Notwendig sind aber faire Carbon-Leakage-Regeln, realistische Zuteilungen und Zeiträume. Dafür braucht es die Überprüfung des ETS und flankierende Instrumente wie eine Marktstabilitätsreserve. Das haben wir aufgeschrieben, und das dürfen Sie dementsprechend als mit einem klaren Kompass versehene Haltung in Richtung eines Wettbewerbsvorteils, der Klimaneutralität, der Rohstoffleichtigkeit, des zirkulären Produzierens in der Chemieindustrie bewerten.

Das fordern wir auch auf europäischer Ebene ein. Wir werden die jeweiligen einzelnen Bausteine Schritt für Schritt auf den entsprechenden Ebenen verdeutlichen – im Bund über Bundesratsinitiativen unterschiedlichster Ausprägung oder über Voten, die wir in Richtung der Europäischen Union abgeben. Denn es gibt, wenn man so will, eine Ab-sprache bzw. eine Idee, wie man den Green Deal zum erfolgreichen Geschäftsmodell machen kann. Das hat etwas damit zu tun, dass die Frage des Innen- und Außen-schutzes von CBAM, von Carbon Leakage im Zusammenspiel mit der Verknappung von CO₂-Zertifikaten ein gleichschwingendes Instrumentarium wird. Feststellbar ist, dass unsere Unternehmen aufgrund der unfairen Wettbewerbssituation, die durch China, durch die Zollpolitik der Vereinigten Staaten, durch die vollständige Invasion Russlands der Ukraine entstanden ist, vor besonderen Herausforderungen stehen und da deshalb nachgesteuert werden muss.

Das Ziel der Landesregierung bleibt die klimaneutrale Industrieregion Nordrhein-Westfalen, und zwar weiterhin in einer engen Allianz mit denen, die wir dafür brauchen. Wir werden es nur mit der Wirtschaft und der Industrie, nur mit den Menschen schaffen. Deswegen ist es ein starkes Signal, dass es uns gelungen ist, parallel zur COP in Brasilien aus dem industriellen Herzen Europas heraus diese Nachricht noch mal zu senden.

Damit gehe ich zu Ihrer Frage über, lieber Herr Brockes. Das ETS wird nicht nur für die Chemiebranche überarbeitet, es braucht für die Branchen aber zielgenaue und daher womöglich unterschiedliche Antworten. Wir als Klimaschutzministerium, meine Kolleginnen und Kollegen aus der Klimaschutzabteilung, begleiten das eng und

konzentriert. Das sind laufende Prozesse, die nicht erst mit der Veröffentlichung des Chemie- und Raffineriepakts begonnen haben. Natürlich bringen wir die Position Nordrhein-Westfalens ein. Diese leitet sich von den Umsetzungspfaden, die uns in der Koalition verbinden, aber auch von verschiedenen Dialogforen ab. Die Dialogforen führen wir durch, um zu wissen, was wir machen, wenn die Industrie einen anderen Weg braucht oder wenn die Industrie weiter ist, als wir alle denken. Dafür bleiben wir bei den Foren „SCI4climate.NRW“ und „IN4climate.NRW“ eng dabei. Vor der eigenen Haustür die Konditionen Schritt für Schritt zu verbessern – Sisyphos wurde heute schon genannt –, zeichnet die landespolitische Arbeit aus und macht Freude. Entscheidend ist aber auch, anderen Ebenen die richtigen Hinweise zu geben.

Die von Ihnen angesprochenen 17 Millionen Tonnen sind ein Ergebnis der „Carbon Management Strategie Nordrhein-Westfalen“. In der Strategie haben wir festgelegt, dass wir beim Umgang mit Kohlenstoff die Hard-to-Abate-Industrien bearbeitet wissen wollen, und zwar vor allem über CCS und CCU. Diese 17 Millionen Tonnen ergeben sich nach dem heutigen Stand der Technik vor allem in den Bereichen „Kalk“, „Zement“ sowie „Abfall und Entsorgung“ und bleiben auf Basis der in der Strategie verarbeiteten vorliegenden Gutachten bis dahin.

Ich sage aber nicht, dass das sicher so bleiben wird und dass die 17 Millionen Tonnen auch in 2075 noch als unvermeidbar beigetragen werden. Es ist aber richtig, sich mit dem Wissen von heute darauf vorzubereiten, dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts für uns alle gerecht werden zu können. Dieser lautet, für die Freiheit und Sicherheit der nachfolgenden Generationen zu sorgen, indem wir die Konzentration des CO₂ in der Atmosphäre reduzieren, um denen mehr als die Reparatur, die Kosten der Folgen der Klimakrise zu überlassen. Wir haben gute Vorlagen gehabt und konnten darauf zum Beispiel unsere „Integrierte Netzplanung NRW“ aufbauen. Letztere beantwortet die Frage, wie wir die CO₂-Leitungen, also die Molekülleitungen, die Elektronenleitungen von deutschem Gebiet der Nordsee mit einem klugen Verbund mit unseren benachbarten Ländern Belgien und Niederlande kombinieren.

Mit meinem heutigen Wissensstand kann ich Ihnen nicht beantworten, ob die 17 Millionen Tonnen auch nach 2052 bleiben werden. Wir haben aber die Bereitschaft, im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen, Perspektiven, immer handlungsfähig bleiben zu können. Es ist entscheidend, dass wir das als Regierung versuchen und nicht darauf verweisen, dass wir uns das irgendwann mal so überlegt haben. Wir müssen nicht mehr machen, als zu versuchen, auf der Höhe der Wissenschaft, auf der Höhe der Technik einen Rahmen zu setzen, durch den diese klimaneutrale Industrieregion einen Wettbewerbsvorteil hat – innerhalb Europas, aber auch im internationalen Wettbewerb.

André Stinka (SPD): Frau Ministerin, habe ich Sie denn richtig verstanden? Sie haben den Pakt beschrieben, aber – Herr Okos, wir sind im politischen Raum und müssen das natürlich betrachten – wie sieht denn die Partei der Grünen diesen Chemiepakt? Schauen wir uns das mal an: Frau Ministerin, Sie haben in dem Chemiepakt vereinbart, dass auch internationale Zertifikate anerkannt werden sollen, der Parteirat hat das aber ausgeschlossen. Die Frage dazu haben Sie nicht beantwortet.

Der hergestellte Zusammenhang, dass der Zertifikatehandel so lange fortgesetzt werden soll, wie das Risiko von Carbon Leakage besteht und damit Abwanderungen nach sich zieht – so haben Sie es auch geschrieben –, ist richtig. Dementsprechend soll das ETS verändert werden. Wir alle wissen, wie lange der Wasserstoffhochlauf dauert. Wir alle wissen, wie lange die Umsetzung der Kraftwerkstrategie oder der Bau von Kraftwerken dauert. Wir wissen alle, wie lange es dauert, ein CO₂-Netz aufzubauen. Das heißt, dass es für das ETS Übergangsregelungen geben muss. Wahrscheinlich wird es auch Änderungen bei den freien Zuteilungen geben müssen.

Unsere Frage ist zu Folgendem: Wenn Sie das als Ministerin durchsetzen, der Landesparteiratsbeschluss das unserer Einschätzung nach aber ausschließt, dann werden Sie in dem Bereich bei einem der folgenden Parteiräte Probleme. Natürlich kennt man das als Politiker – das ist keine Frage. Sie müssen dann dafür streiten, weichen hier aber der Frage aus, wie Sie das ETS gestalten wollen. Sie haben in dem Chemiepakt vereinbart, dass Sie dazu Initiativen ergreifen wollen: Welche Initiative wollen Sie denn ergreifen, gerade zum Beihilferahmen und zur Situation beim ETS I? Das interessiert uns schon.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Ich beantworte nur die Frage, die Sie mir als Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen gestellt haben.

Ich habe gesagt, dass das ein permanenter Prozess ist. Nordrhein-Westfalen bringt sich laufend in Bundes- und Europaangelegenheiten ein, und dazu kann die Kollegin aus der zuständigen Abteilung, Frau Hafner, einen kleinen Eindruck im Detail geben.

Ich möchte Ihnen nur sagen: Ich bitte Sie, es Sache von mir und der Partei bleiben zu lassen, wie der grüne Parteirat und ich unsere Angelegenheiten miteinander klären.

MR'in Simone Hafner (MWIKE): Wir befinden uns gerade in der vierten Phase des Emissionshandels; diese geht noch bis 2030. Selbstverständlich beginnt schon jetzt die Diskussion darüber, wie die fünfte Phase aussehen wird, wie man das weiter ausgestalten will. Es wird damit gerechnet, dass es spätestens 2028 einen Vorschlag gibt und dass dann in die Verhandlungen eingestiegen wird. Es besteht darüber vonseiten des Landes, vonseiten des Fachreferats schon jetzt in verschiedenen Gremien ein Austausch mit dem Bund. Genauso schauen wir darauf, was auf europäischer Ebene passiert.

Im Pakt stehen alle möglichen Stellschrauben – das haben Sie auch gesagt – für das EU ETS I. Eine betrifft natürlich die Cap-Menge, die derzeit bis 2039 berechnet ist. Es ist ein Punkt, zu überlegen, ob nicht Flexibilität besteht, um das nach hinten zu schieben, zu verlängern. Dazu muss man wissen, dass das Ziel 2039 daherkommt, dass wir in der jetzigen vierten Phase berechnet haben, wie wir das Klimaziel 2030 erreichen können. Wird dieser lineare Reduktionspfad weitergeführt, kommt dabei 2039 raus. Das heißt aber nicht, dass der legislativ festgesetzt ist. Diese Diskussion wird sicher noch auf europäischer Ebene geführt werden: Das wird dann das Endgame, wie man es in der Fachsprache nennt, für das EU ETS.

André Stinka (SPD): Noch eine Nachfrage: Wie nehmen Sie die Debatte in anderen Bundesländern wahr, die sich bei diesen Fragen auch bewegen müssen? Es trifft ja nicht alle so stark wie Nordrhein-Westfalen mit dem industriellen Kern.

StS'in Silke Krebs (MWIKE): Das kann ich ganz gut beantworten, weil ich das MWIKE letzte Woche bei der Amtschefrunde und der Minister*innenrunde der EnMK vertreten habe. Es fand unter anderem ein Kaminabend statt – das ist dann ja üblich –, bei dem auch das Bundesministerium anwesend war.

Wie wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass die energieintensiven Industrien am Standort Deutschland erhalten bleiben, treibt alle Bundesländer um, wenn auch sicherlich in unterschiedlichem Maße. In Bayern, in Baden-Württemberg, im Saarland und in NRW ist das ein anderes Thema, als es das vielleicht in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern ist. Wir stehen dazu aber schon lange intensiv im Austausch, und das Thema treibt alle um. Den Ansatz, an den Zielen zwar festzuhalten, aber den Weg, wo notwendig, pragmatisch anzupassen, um in der Zwischenzeit, bevor das Ziel erreicht wird, keine sehr fatalen Wirkungen geschehen zu lassen, wird von allen geteilt.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke für die Antwort. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe damit diesen Tagesordnungspunkt.

9 Aktuelle Entwicklungen beim THTR-300 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)***Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** berichtet:

Aus aktuellem Anlass möchte ich Sie heute über den aktuellen Stand beim Thorium-Hochtemperatur-Reaktor 300 in Hamm-Uentrop informieren. In der Sitzung des A-WIKE am 1. Oktober dieses Jahres habe ich Sie darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Betreibergesellschaft des THTR-300 „Hochtemperatur-Kernkraftwerk“ am Montag, dem 22. September 2025, beim zuständigen Amtsgericht Dortmund einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens eingereicht hatte. Einen Tag später wurde ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt. Seitdem befindet sich die Betreibergesellschaft im sogenannten vorläufigen Insolvenzverfahren.

In der Folge hat der Insolvenzverwalter pflichtgemäß Gespräche mit dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen geführt, um Zwischenfinanzierungen der HKG zu erzielen, damit der Bund und das Land über eine finale Lösung verhandeln können. Die Gespräche haben am Ende aber nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Mitte November informierte der Insolvenzverwalter den Bund und das Land, dass er im Rahmen des vorläufigen Insolvenzverfahrens all seine laufenden Zahlungen einstellen würde. Das bedeutete ab dem 1. Dezember 2025 weitgehende Einschränkungen für die HKG, die damit ab diesem Tag handlungsunfähig wurde.

Seit dem 1. Dezember 2025 befinden wir uns daher nun in der in der Bundesrepublik Deutschland historisch einmaligen Situation, die Sicherheit des Betriebs eines im sicheren Einschluss befindlichen Kernkraftwerks im Wege der Ersatzvornahme gewährleisten zu müssen. Das bedeutet, dass die Atomaufsicht des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie mithilfe des fachkundigen Unternehmens „RWE Nuclear“ die sicherheitstechnisch notwendigen Aufgaben und Maßnahmen durchführt.

Die anfallenden Kosten werden zuerst vom MWIKE getragen. Ein entsprechender Titel wurde vorsorglich in den Haushalt 2025 aufgenommen. Dieser Titel steht meinem Haus auch für das Jahr 2026 und die weiteren Jahre zur Verfügung. Wir werden diese Ausgaben, wenn wir sie erwartungsgemäß nicht von der im Insolvenzeröffnungsverfahren befindlichen HKG erstattet bekommen, als Kosten der Bundesauftragsverwaltung gegenüber dem Bund geltend machen. Allerdings ist Widerstand des Bundes gegen die Begleichung unserer Rechnungen zu erwarten. Sollte dies der Fall sein, wird sicherlich die Geltendmachung der Kosten auf dem Rechtsweg vor dem Bundesverwaltungsgericht erforderlich sein. Dies ist die erste Instanz zur Klärung verwaltungsrechtlicher Fragen zwischen dem Bund und den Ländern.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Atomaufsicht überwachen den THTR-300 auch in dieser Situation weiterhin engmaschig und sind zur Aufsicht regelmäßig persönlich vor Ort in der Anlage. In Vorbereitung auf diese Situation hatte mein Ministerium Anordnungen gegen die HKG erlassen, die sicherstellen, dass alle sicherheitstechnisch notwendigen Maßnahmen zum Erhalt des sicheren Einschlusses

jederzeit weiter erfüllt werden. Diese notwendigen Maßnahmen werden nun, wie bereits erwähnt, in unserem Auftrag von RWE Nuclear durchgeführt.

Da der Vertrag mit RWE Nuclear bis zum 31. März 2026 datiert ist, läuft derzeit eine EU-weite Ausschreibung für die Beauftragung eines fachkundigen Unternehmens ab dem 1. April 2026. Der neue Vertrag wird dann bis zum 31. Dezember 2027 laufen und könnte dreimal für jeweils ein Jahr verlängert werden. Sie sehen, dass wir uns auf ein längerfristiges Szenario vorbereiten.

Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass der Bund sich doch noch bewegt und mit dem Land Nordrhein-Westfalen in konstruktive und lösungsorientierte Gespräche eintritt – zumal eine Einigung im Vergleich zum langwierigen Vorgehen im Wege der Verwaltungsvollstreckung mit einem im schlimmsten Fall nachgelagerten Klageverfahren gegen den Bund für alle die wesentlich günstigere Variante wäre.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Denen, die Möglichkeiten haben, auf entsprechende verantwortungstragende Fraktionen, Parteien oder Regierungsmitglieder im Bund einzuwirken, danke ich schon jetzt für die Unterstützung.

Dietmar Brockes (FDP) fragt nach den monatlich anfallenden Kosten. – Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie rechne aktuell mit ungefähr 200.000 Euro im Monat, antwortet **MR Dr. Stefan Schielke (MWIKE)**.

André Stinka (SPD) bittet um Zurverfügungstellung des Sprechzettels der Ministerin. – **Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** sagt dies zu.

10 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

4 Anlagen

17.02.2026/17.02.2026

Wettbewerbsfähig durch Kreislaufführung und Klimaneutralität? Studienergebnisse zur Chemie im Rheinland bis zur globalen Ebene

Dr. Raoul Meys
Geschäftsführer und Mitgründer, Carbon Minds



Zielsetzung und Rahmen der Studie

WAS BENÖTIGT DIE CHEMIEREGION RHEINLAND, UM TREIBHAUSGAS-NEUTRALITÄT ZU ERREICHEN?



TECHNOLOGIEN

z. B. mechanisches und chemisches Recycling, Biotechnologien, Kohlenstoffdioxid, Methanol-zu-Olefinen, Methanol-zu-Aromaten, Elektrifizierungstechnologien, Wärmepumpen, H₂-Brenner



RESSOURCEN

z. B. Kunststoffabfälle, biogene Rohstoffe, Kohlenstoffdioxid, erneuerbarer & treibhausgasneutraler Strom & Wasserstoff, Fossile Ressourcen



INVESTITIONS- UND BETRIEBSKOSTEN

z. B. für Anlagenbau, Einkauf von Ressourcen, Arbeiterkosten

Welche Maßnahmen und Handlungsoptionen sind geeignet, um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Chemieregion zu erhalten und zu stärken?

Wissenschaftliches
Modell^[1] und
5 Szenarien

Diskussion in
Expertenrunden
mit regionalen
Unternehmen

[1] In einer linearen Optimierung wird die kostengünstigste Technologiezusammensetzung für die Produktion und Entsorgung eines definierten Umfangs an Chemikalien und Kunststoffen unter der Berücksichtigung von Treibhausgasemissionszielen und Ressourcenverfügbarkeiten berechnet.
Wissenschaftliche Studien und Daten: Meys et al.; Science, 374, 6563, 2021; Zibunas et al., 162, 107798, 2022.

cm

Austausch mit Experten aus der Industrie

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Grundlage

#17

Strategische Interviews mit regionalen Unternehmen

#16

Experten-Feedbacks aus Unternehmen zu wichtigen Daten und Parametern

#9

Bilaterale Diskussionen mit Experten aus regionalen Unternehmen

Konsens

#9

Experten-Diskussionsrunden mit Experten aus verschiedenen Unternehmen

carbonminds



Kernbotschaften – Für Klimaneutralität in 2045

Treibhausgasneutralität kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden.



TECHNOLOGIEN

Es gibt nicht die eine Technologie! Der Zugang zu einem Mix aus Technologien ist erforderlich für eine wettbewerbsfähige Chemieregion.

Kosteneffizient sind vor allem Recycling, CO₂-Speicherung, Nutzung von biogenen und fossilen Rohstoffen sowie Elektrifizierung



RESSOURCEN

Ein optimaler Dreiklang aus erneuerbaren Energien, alternativen Ressourcen und notwendiger Infrastruktur ist essenziell für die Region.

Ressourcen: 23-35 TWh/a treibhausgasneutralem Strom, 1,3-2,0 Mt/a Kunststoffabfälle, 7 bis 77 TWh/a Wasserstoff, 3-14 Mt/a biogene Trockenmasse, 4-12 Mt CO₂/a für CCS, 0-10 Mt CO₂/a für CCU



KOSTEN

Niedrige Investitionskosten und niedrige Betriebskosten sind nur durch gemeinsames Vorgehen möglich.

Investitionskosten (Anlagen): 22-39 Mrd. € bis 2045, Betriebskosten: 9-21 Mrd. € pro Jahr

Die Chemieregion Rheinland benötigt ein gemeinsames Vorgehen für ihre Wettbewerbsfähigkeit.



WETTBEWERBS- FÄHIGKEIT ERFORDERT:

- o umfangreiche Technologie- und Ressourcenverfügbarkeiten
- o faire Wettbewerbsbedingungen durch politische Rahmenbedingungen
- o die Anerkennung des Werts einer treibhausgasneutralen Produktion von den Verbrauchern

Wettbewerbsfähig durch Kreislaufführung und Klimaneutralität? Studienergebnisse zur Chemie im Rheinland bis zur globalen Ebene

BACKUP FOLIEN

Dr. Raoul Meys

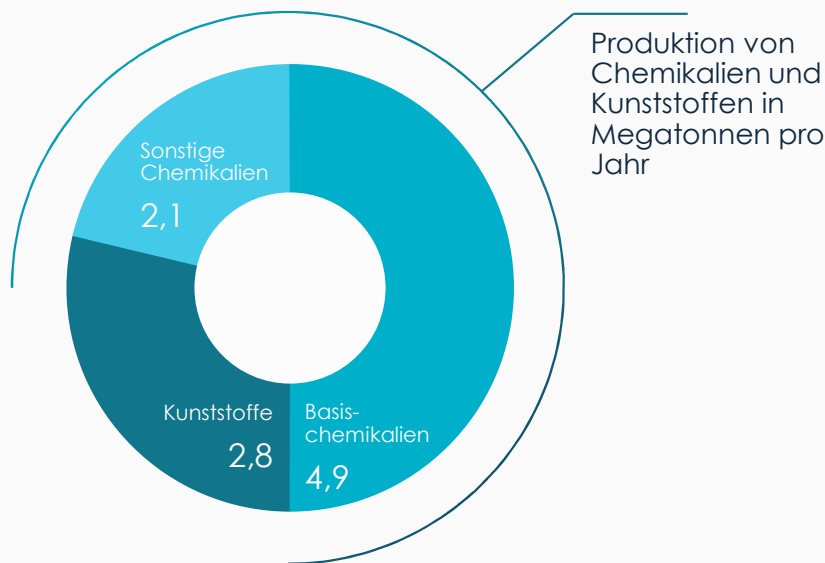
Geschäftsführer und Mitgründer, Carbon Minds



Modellierung & Auswertung

1. **Abbildung der regionalen Chemieindustrie**
2. **Zielsetzung: Treibhausgasneutralität 2045**
3. **Optimierung der Kosten**

- Daten
1. Produktionsvolumen, Massen- und Energiebilanzen
 2. Treibhausgasemissionen
 3. Betriebs- und Investitionskosten



Basischemikalien

Ammoniak
Benzol
C4-Fraktion
Chlor
Ethylen
Methanol
Natronlauge
Propylen
Toluol

Xylol

Kunststoffe

Polyethylen (HD)
Polyethylen (LD)
Polyethylen (LLD)
Polyisobuten
Polypropylen
Polyvinylchlorid

Sonstige Chemikalien

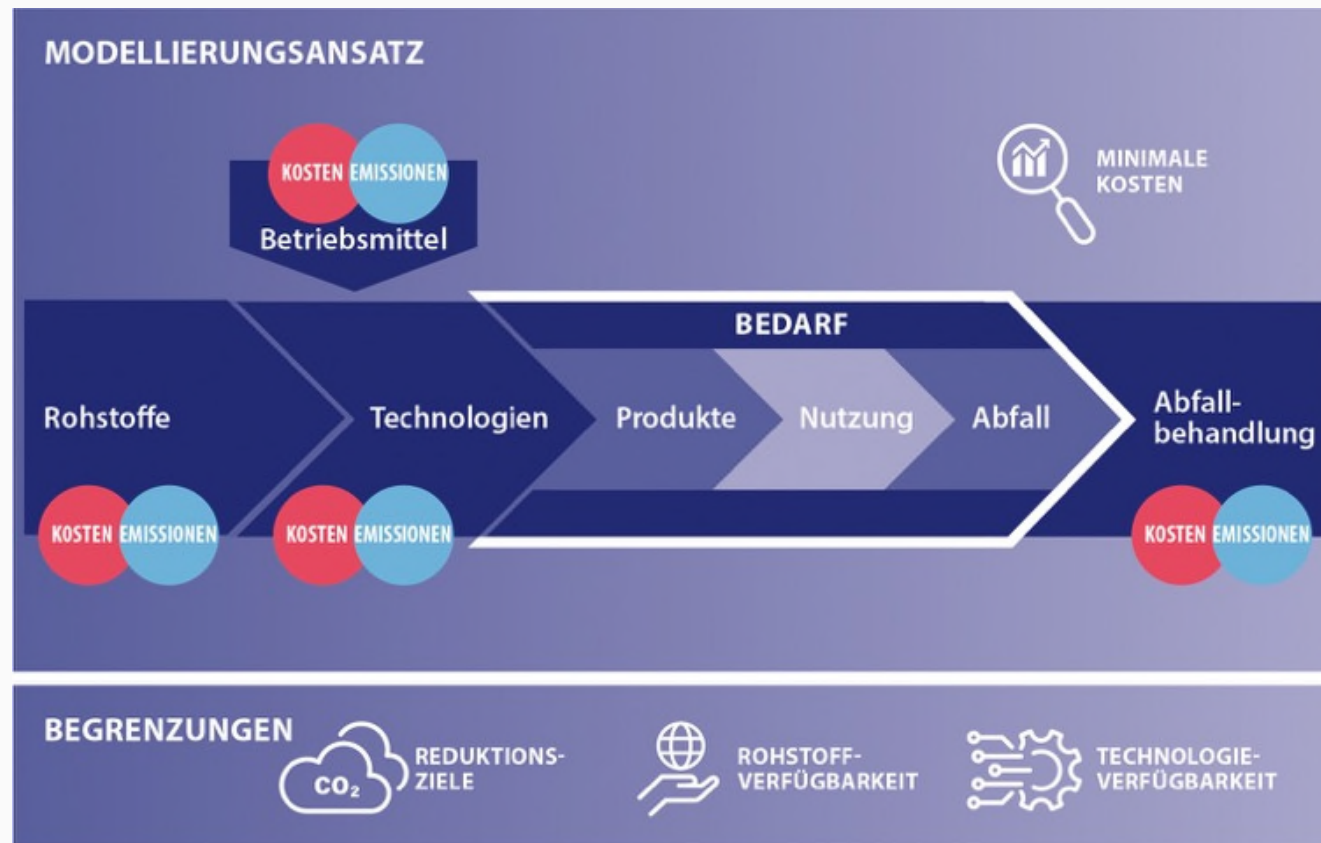
Anilin
Blausäure
Butadien
n-Butanol
Ethylenoxid
2-Ethylhexanol
Natriumwasserglas
Propylenoxid
Toluol-2,4-diisocyanat

+ Zusätzlicher Energiebedarf für weitere Chemikalien in der Region

inklusive Acrylnitril, Adipinsäure, Bisphenol A, i-Butanol, Chlorbenzole, Diethylenglykol, Dipropylenglykol, Ethylendichlorid, Ethylenglykol, Maleinsäureanhydrid, Methylmethacrylat, Methylendiphenyldiisocyanat, Nitrobenzol, gemischte dibasische Säuren, Phthalsäureanhydrid, Polybutadien, Propylendichlorid, Propylenglykole, Silica und Silikate

Modellierung & Auswertung

Lineares Optimierungsmodell zur Minimierung der Betriebs- und Investitionskosten über den chemischen Lebenszyklus



Wissenschaftliche Studien und Daten: Meys et al.; Science, 374, 6563, 2021; Zibunas et al., 162, 107798, 2022.





Modellierung & Auswertung

TECHNOLOGIEOFFENHEIT

Alle Technologien sind grundsätzlich in jedem Szenario verfügbar.

RESSOURCENVERFÜGBARKEIT

Unsicherheiten in der zukünftigen Verfügbarkeit von Ressourcen werden anhand von möglichen Szenarien evaluiert.

	Moderate Verfügbarkeit	Umfassende Verfügbarkeit
 Biomasse	3,0 Megatonnen/Jahr	13,9 Megatonnen/Jahr
 Recyclingmengen	1,3 Megatonnen/Jahr	2,0 Megatonnen/Jahr
 CCS-Kapazität	4 Megatonnen Kohlenstoffdioxid/ Jahr	12 Megatonnen Kohlenstoffdioxid/ Jahr
 Treibhausgas- neutraler Strom	100 Euro /Megawattstunde	60 Euro /Megawattstunde

Modellierung & Auswertung





















TECHNOLOGIEOFFENHEIT

Alle Technologien sind grundsätzlich in jedem Szenario verfügbar.

RESSOURCENVERFÜGBARKEIT

Unsicherheiten in der zukünftigen Verfügbarkeit von Ressourcen werden anhand von möglichen Szenarien evaluiert.

-  umfassende Verfügbarkeit / günstig
-  moderate Verfügbarkeit / teuer

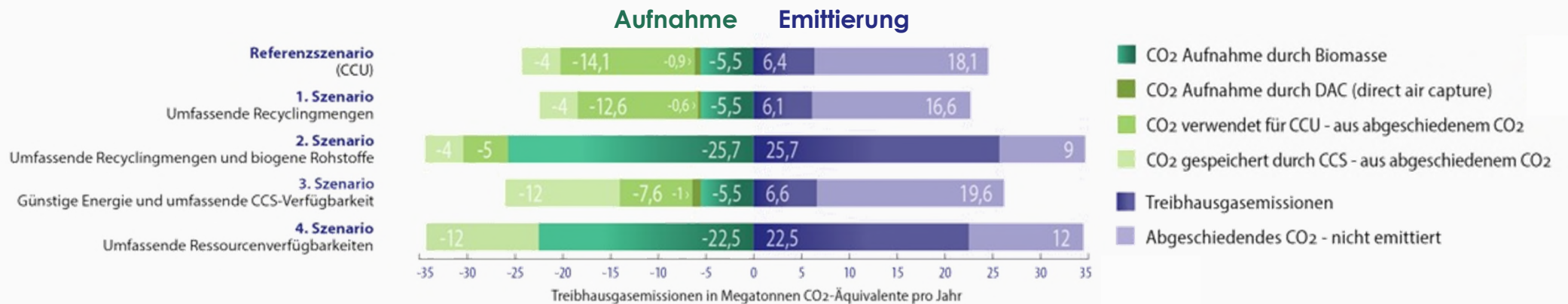
	Referenz-szenario	1. Szenario	2. Szenario	2. Szenario	4. Szenario
Verfügbare Recycling-mengen					
Verfügbare Biomasse					
Verfügbarer treibhaus-gasneutraler Strom (Energie)					
Verfügbare CCS-Kapazitäten					

Treibhausgasneutralität und die dabei anfallenden Kosten

Treibhausgasneutralität kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden.

Treibhausgasneutralität durch Gleichgewicht aus Aufnahme und Emittierung von Treibhausgasen

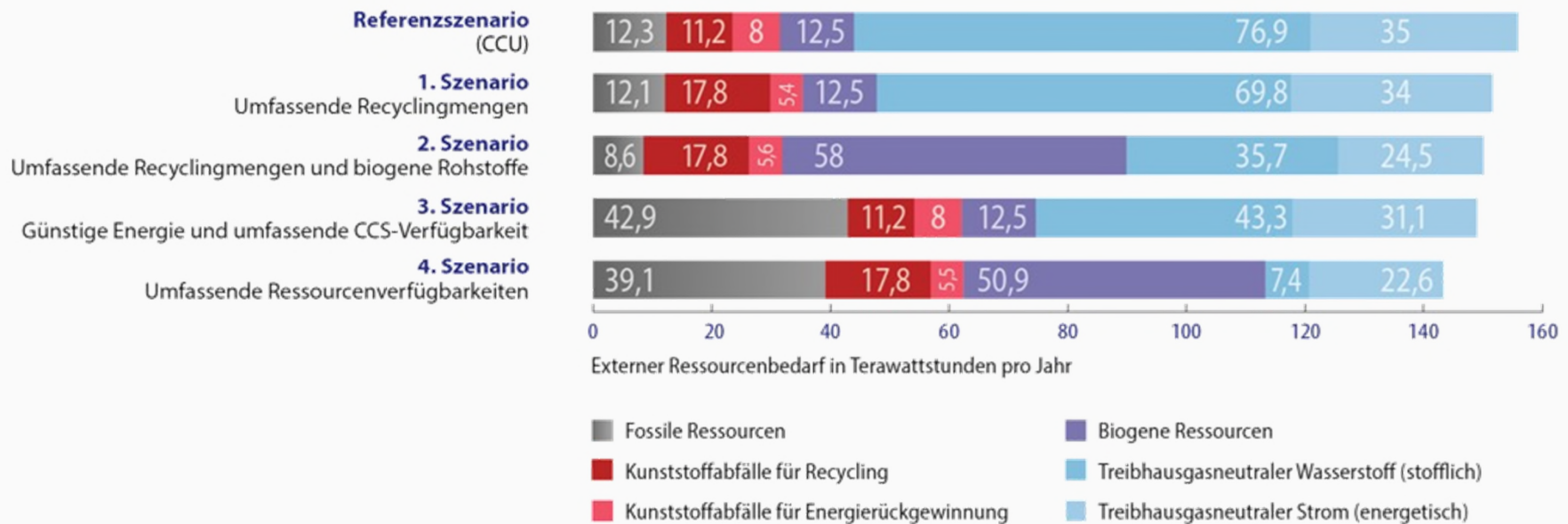
- **Verringerte Treibhausgasentstehung** (Recycling, effizientere Technologien sind in Abbildung nicht erkennbar)
- **Vermeidung von Treibhausgasemissionen** (CC(U)S: CO₂-Abscheidung und -Nutzung oder -Speicherung)
- **Aufwiegen von Treibhausgasemissionen durch Aufnahme von atmosphärischem CO₂** (Biomassennutzung oder Luftabscheidung (DAC))



Energie, Ressourcen- und Infrastrukturbedarf

Ein optimaler Dreiklang aus erneuerbaren Energien, alternativen Ressourcen und notwendiger Infrastruktur ist essenziell für die Region.

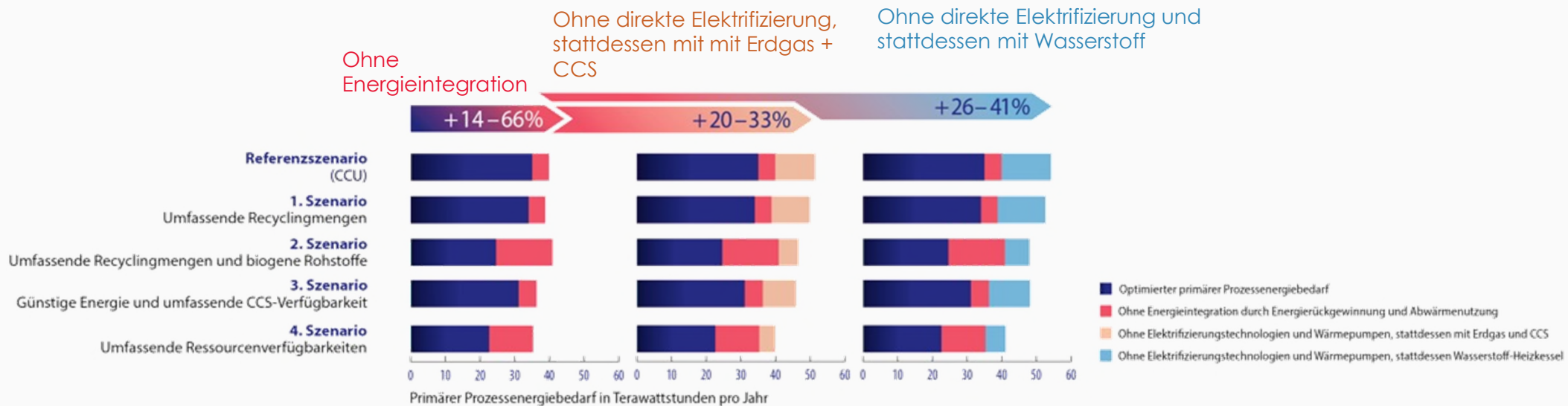
- o **erneuerbare, treibhausgasneutrale Energien**, darunter 23 bis 35 TWh/a Strom und 7 bis 77 TWh/a Wasserstoff
- o **alternative Ressourcen**, darunter 1,3 bis 2,0 Mt/a Kunststoffabfälle und 3 bis 14 Mt/a biogene Rohstoffe
- o **Infrastruktur**, wie Netzausbau für eine stabile Energieversorgung, sichere Transportwege, sowie ein Wasserstoffnetz und eine Kohlenstoffdioxid-Infrastruktur.



Effiziente Energienutzung

Eine effiziente Energienutzung reduziert den Primärenergiebedarf von Prozessen. Zur Nutzung der Potenziale sind der Erhalt von Verbundstandorten und breite Investitionen in neue Technologien notwendig, die unter den aktuellen Bedingungen nicht wettbewerbsfähig sind.

- **Optimierter primärer Prozessenergiebedarf:** 23 und 35 TWh/a.
- **Verbundstandorte und Energieintegration sind essenziell** - ohne steigt der Prozessenergiebedarf um bis zu 66%.
- **Elektrifizierungstechnologien und Wärmepumpen sind besonders effizient** in der Primärenergienutzung, doch eine stabile Energieversorgung muss ebenso gewährleistet sein.



Potenzial von Recycling zur Ressourcenschonung

Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft reduziert Treibhausgasemissionen maßgeblich. Zusätzlich kann Recycling die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie im Rheinland langfristig stärken.

- **Einsparung durch Recycling:** 2,2 bis 3,5 Megatonnen CO₂-Äquivalente Treibhausgasemissionen pro Jahr
- **Zur Nutzung der Potenziale:** Investitionen in Recyclingtechnologien, Ausbau der Kreislaufwirtschaft, Anerkennung von Kunststoffabfälle als sekundäre Rohstoffe

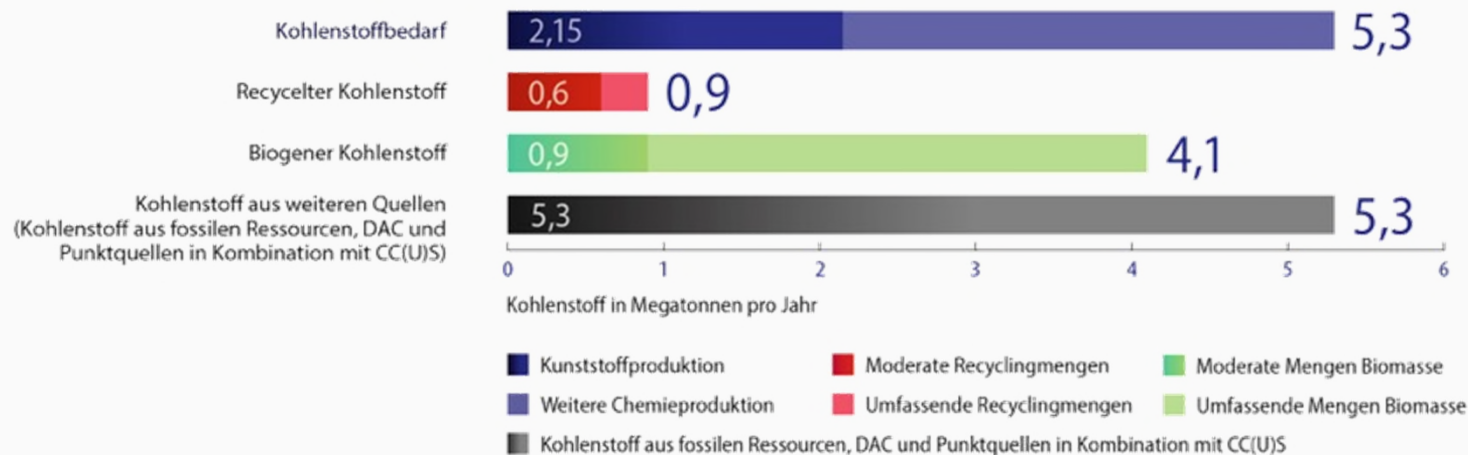
	Verfügbarkeit Recyclingmengen im Verhältnis zur regionalen Produktion an Kunststoffen	Mögliche Einsparungen an Treibhausgasemissionen durch vermiedene Verbrennung von Kunststoffabfällen	Ausnutzung der Einsparungen an Treibhausgasemissionen durch Recycling in den verschiedenen Szenarien
2021	14 %	0,8 Megatonnen CO ₂ -Äquivalente pro Jahr	–
2045 Moderate Recyclingmengen	44 %	2,2 Megatonnen CO ₂ -Äquivalente pro Jahr	100% Referenzszenario 100% Szenario 3
2045 Umfangreiche Recyclingmengen	70 %	3,5 Megatonnen CO ₂ -Äquivalente pro Jahr	100% Szenario 1 100% Szenario 2 100% Szenario 4

Recycling wird in jedem Szenario maximal ausgenutzt

Potenziale zur Bereitstellung von Kohlenstoff

Der Kohlenstoffbedarf muss künftig durch Ressourcen abgedeckt werden, die Treibhausgasneutralität ermöglichen. Dafür ist eine ausreichende Verfügbarkeit von Recyclingmengen, biogenen Rohstoffen und klimaneutraler Energie für CC(U)S notwendig.

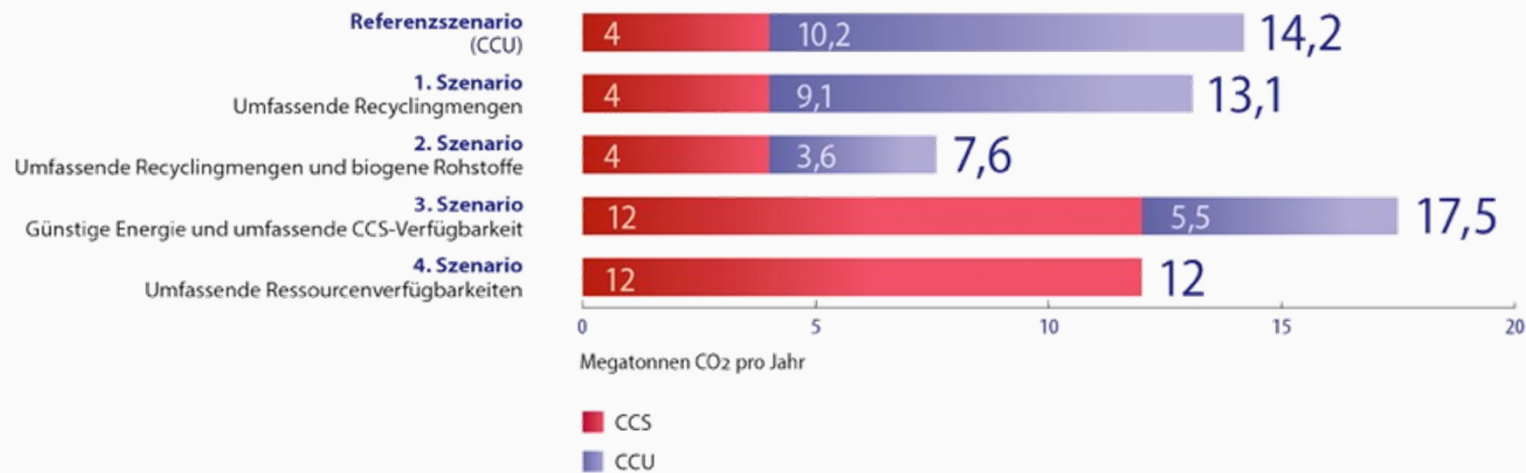
- **Gesamter Kohlenstoffbedarf:** 5,3 Megatonnen pro Jahr
- **Potenziale zur Deckung des Bedarfs:** Recyclingmengen (0,6-0,9 Mt/a), biogene Rohstoffe (0,9-4,1 Mt/a), fossile Rohstoffe und CO₂ aus Punktquellen oder DAC unter Einbeziehung von Importen und CC(U)S
- **Für maximale Wertschöpfung mit begrenzten Ressourcen:** Bevorzugung stofflicher Nutzung von Biomasse und Kunststoffabfällen vor energetischer Nutzung.



Potenziale von Kohlenstoffdioxid-Speicherung und -Nutzung

CC(U)S-Technologien können unvermeidbare Treibhausgasemissionen reduzieren und dabei helfen, Kohlenstofflücken zu schließen. Ein optimierter Einsatz kohlenstoffhaltiger Rohstoffe in Kombination mit CCS kann die gesamten Kosten reduzieren.

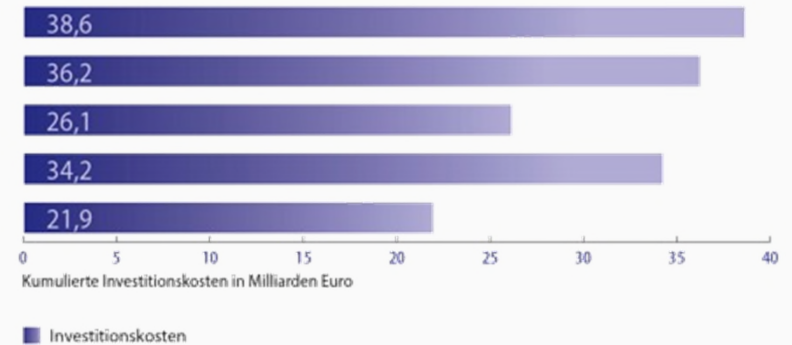
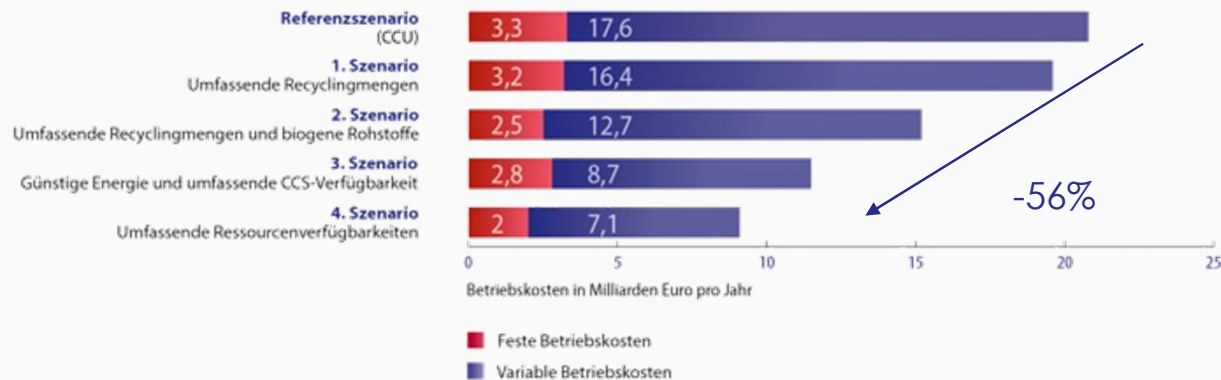
- **CCS:** 4 bis 12 Megatonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr
- **CCU:** 0 bis 10 Megatonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr
- Technologienutzung in Kombination mit recycelbaren, biogenen oder fossilen Rohstoffquellen, um Kosten zu minimieren und gleichzeitig Treibhausgasemissionen effektiv einzusparen.
- **Aufbau einer entsprechenden Kohlenstoffdioxid-Infrastruktur** ist entscheidend für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit



Treibhausgasneutralität und die dabei anfallenden Kosten

Betriebskosten von 9 bis 21 Milliarden Euro pro Jahr (z.B. Lohn für Mitarbeiter, Einkauf von Ressourcen)

Investitionskosten von 22 bis 39 Milliarden Euro bis 2045 (z.B. Bau von Produktions- und Recyclinganlagen)



Die resultierenden **Kosten für die Transformation** zu einer treibhausgasneutralen Chemieindustrie müssen künftig in einem **wettbewerbsfähigen Rahmen** liegen.

 **WETTBEWERBSFÄHIGKEIT
ERFORDERT:**

- umfangreiche Technologie- und Ressourcenverfügbarkeiten
- faire Wettbewerbsbedingungen durch politische Rahmenbedingungen
- die Anerkennung des Werts einer treibhausgasneutralen Produktion von den Verbrauchern

Globale Einordnung:
Kann die Chemie im Rheinland auch **in**
2045 noch bestehen?

Globaler Benchmark – ICCA-Studie

KPIs bei Treibhausgasneutralität

- Produktion* 3.1 Gt
- CAPEX 3,9 bis 6,0 Billionen USD
- OPEX 1,2 bis 2,5 Billionen USD

Gemittelte Produktionskosten bei 10 Jahren Abschreibung:

0,5 USD bis 1 USD pro kg Produktion

Ähnliche Szenarien wie in ChemCologne:

Min.: Hohe Verfügbarkeit von CCS und Biomasse. Wenig bis kein CCU. Mittlere Verfügbarkeit von Kunststoffrecycling. Günstigere Kosten für erneuerbaren Strom.

Max.: Geringer Verfügbarkeit von CCS und Biomasse. Hohe Verwendung von CCU. Mittlere Verfügbarkeit von Kunststoffrecycling. Günstigere Kosten für erneuerbaren Strom.

* Inklusive aller Intermediate.



Pathways for the global chemical industry to climate neutrality

This report was written by I-C-I-S and Carbon Minds and represents the outcome of a study commissioned by the International Council of Chemical Associations.



Report wurde durch das Board des International Council of Chemical Associations kontrolliert.

ICCA deckt über 90% des globalen Chemieumsatzes über seine Mitglieder ab.

Globaler Benchmark – ICCA-Studie

KPIs bei Treibhausgasneutralität

- Produktion* 3.1 Gt
- CAPEX 3,9 bis 6,0 Billionen USD
- OPEX 1,2 bis 2,5 Billionen USD

Gemittelte Produktionskosten bei 10 Jahren Abschreibung:

0,5 USD bis 1 USD pro kg Produktion

Ähnliche Szenarien wie in ChemCologne:

Min.: Hohe Verfügbarkeit von CCS und Biomasse. Wenig bis kein CCU. Mittlere Verfügbarkeit von Kunststoffrecycling. Günstigere Kosten für erneuerbaren Strom.

Max.: Geringer Verfügbarkeit von CCS und Biomasse. Hohe Verwendung von CCU. Mittlere Verfügbarkeit von Kunststoffrecycling. Günstigere Kosten für erneuerbaren Strom.

* Inklusive aller Intermediate.

ChemCologne Neutral

KPIs bei Treibhausgasneutralität

- Produktion* 28 Mt
- CAPEX 23,7 bis 42,0 Milliarden USD
- OPEX 10,0 bis 22,5 Milliarden USD

Gemittelte Produktionskosten bei 10 Jahren Abschreibung:

0,5 USD bis 1,1 USD pro kg Produktion

Potentiale in der Region entstehen durch

(1) wettbewerbsfähigen Ausbau der Infrastruktur, CCS & günstige fossile Ressourcen, die direkte Elektrifizierung mit günstigem erneuerbarem Strom sowie,

(2) eine erhöhte regionale Verfügbarkeit von Kunststoffabfällen und Biomasse im internationalen Vergleich je Produktionseinheit.



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

André Stinka MdL
Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38
andre.stinka@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

31.10.2025

Berichts-anfrage zum Thema „Drohende Vollbremsung bei der Solarenergie: wie will die Landesregierung den PV-Ausbau ankurbeln?“ zur 81. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 12. November 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

um die selbstgesteckten Ziele des Ausbaus der Solarenergie in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, muss NRW die installierte Leistung bis 2030 noch etwa verdoppeln, um mindestens 21 GW zu erreichen. Der Bund gibt vor, dass die Hälfte des Zubaus bis 2030 auf Dachflächen, die andere Hälfte auf der Freifläche entstehen soll. Gerade bei Dach-PV-Anlagen gibt es große ungenutzte Potenziale bei Mehrfamilienhäusern. Hier hat Nordrhein-Westfalen gehörigen Nachholbedarf: Nur 5 Prozent der installierten Solarenergie, 608 MW, kam Ende 2024 aus Freiflächen-PV-Anlagen, lediglich 7,6 Prozent des Zubaus 2024 entfielen auf die Freifläche, das sind nur 241 Anlagen.

Anfang Oktober dieses Jahres verkündete das MWIKE die Förderung von Freiflächen-PV mit insgesamt 10 Millionen Euro im Förderprogramm „progres.nrw – Klimaschutztechnik“. Damit sollen Freiflächen-Anlagen mit 20 bzw. 25 Prozent Förderung für Agri-PV und Floating-PV unterstützt werden. Doch dies gilt nur bis zum Jahresende. Für das Haushaltsjahr 2026 werden die Mittel für jede PV-Förderung drastisch gekürzt: „Im Bereich der PV-Förderbausteine im Rahmen der Förderrichtlinie progres.nrw Klimaschutztechnik sind 1,8 Mio. EUR eingeplant, was im Vergleich zu den

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Vorjahren eine deutliche Reduzierung der zur Verfügung stehenden Mittel darstellt.“¹

Neben dieser finanziellen Vollbremsung in der Förderung macht die Landesregierung den Zubau von Freiflächen-PV auch noch durch bürokratische Vorgaben unwirtschaftlich: das LANUK-Arbeitsblatt 61 „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW“² legt in einem Leitfaden für die Anwendung in Kommunen fest, wie naturräumliche Eingriffe durch PV-Anlagen ökologisch zu bewerten und finanziell zu kompensieren sind. Wird ein Solarpark geplant, so bedecken die Solarmodule selbst etwa 60 Prozent der Bodenfläche. Nach dem Leitfaden wird dem überdeckten Boden pauschal eine ökologische Wertigkeit von einem Wertpunkt zugestanden, d. h. dieselbe ökologische Wertigkeit wie ein Schotterweg oder nur die Hälfte der Wertigkeit einer intensiv bewirtschafteten Landwirtschaftsfläche, unabhängig von Höhe der Aufständerung, tatsächlicher Bodenbeschaffenheit oder Art der Solarmodule. Dabei wäre die ökologische Wertigkeit sinnvollerweise entlang der Höhe der Aufständerung der Module, der ursprünglichen Beschaffenheit der Böden ohne Solarpark, der Lichtdurchlässigkeit der Module oder der tatsächlich durch Fundamente versiegelten Flächen zu differenzieren. Auch eine Doppelnutzung mit Weidehaltung erscheint auf Dauergrünland sinnvoll und hätte wiederum positive ökologische Effekte. Da der Projektierer eines Solarparks entsprechend des Natureingriffs Ausgleichflächen bereitstellen oder Kompensationsleistungen zahlen muss, bedeutet eine so niedrige pauschale ökologische Bewertung, dass Projekte sich um den Faktor 5 bis 6 verteuern und pro 10 MW installierter Leistung mit Mehrkosten von mehreren hunderttausend Euro zu rechnen ist. Auf diese Weise wird angesichts geringer Margen im Betrieb des Solarparks ein solches Vorhaben schnell unwirtschaftlich.

Im Ergebnis bremst die Landesregierung den Ausbau der Solarenergie weiter aus – durch ein Abwürgen der Förderungen und eine Verteuerung der Umsetzung.

¹ Vorlage 18/4364, S. 14, unter:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-4364.pdf>

² <https://www.lanuk.nrw.de/publikationen/publikation/numerische-bewertung-von-biotoptypen-fuer-die-eingriffsregelung-in-nrw>



Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen in einem schriftlichen und mündlichen Bericht:

1. Wie viele Freiflächen-PV-Anlagen wurden im Jahr 2024 und bisher im Jahr 2025 in NRW mit welcher Leistung zugebaut (bitte differenzieren nach Floating-PV, Agri-PV und PV auf Grünland)?
2. Was sind die Gründe für eine deutlich geringere Verbreitung von Agri-PV-Anlagen und wie will die Landesregierung Hürden abbauen?
3. Wie stellt sich aktuell die Nachfrage nach den Fördermitteln für Freiflächen-PV dar, die bis zum Jahresende 10 Millionen Euro beträgt?
4. Für welche Förderzwecke sollen die 1,8 Millionen Euro vorgesehen werden, die im Förderbaustein Klimaschutztechnik noch im Haushaltsjahr 2026 verbleiben sollen?
5. Wie bewertet das MWIKE das Arbeitsblatt 61 des LANUK hinsichtlich der überstrengen Bewertung der ökologischen Eingriffe von Freiflächen-PV?
6. Wird das MWIKE hier mit dem LANUK bzw. dem MUNV eine den Solarausbauzielen der Landesregierung förderlichere Regelung anstreben und auf Anpassungen des Leitfadens dängen?
7. Auf welche Weise setzt sich die Landesregierung darüber hinaus für gesteigerten Zubau von Freiflächen-PV ein?
8. Bei der Windkraft wird ein Referenzertragsmodell angewendet, das das höhere Windaufkommen im Norden durch einen Korrekturfaktor im Süden kompensiert und Windkraft damit auch im Süden lukrativ macht. Hinsichtlich der Sonnenstrahlung ist der Süden im Vorteil, ein Referenzertragsmodell besteht nicht. Inwiefern setzt sich die Landesregierung im Bund für ein solches Referenzertragsmodell ein, damit die Solarenergie in NRW gleichermaßen profitieren kann?
9. Seit 2024 greift die erste Stufe der Solarpflicht (für Neubauten von Nichtwohngebäude), seit 2025 greift die zweite Stufe (für Neubauten von Wohngebäuden). Welche Bilanz zieht die Landesregierung bisher, wie viel des PV-Zubaus geht auf diese Pflicht zurück (in MW)?



10. Bleibt es dabei, dass ab Januar 2026 die dritte Stufe der Solarpflicht (für Dachsanierungen bestehender Gebäude) gelten wird? Inwiefern ist für Hauseigentümer eine Förderung vorgesehen, sofern nötige Dachsanierungen andernfalls an der Finanzierung scheitern müssten?

Mit freundlichen Grüßen

André Stinka MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

André Stinka MdL
Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38
andre.stinka@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

31.10.2025

Berichts-anfrage zum Thema „Wie nutzt die Landesregierung die Verpachtung landeseigener Flächen für die Windenergie als Einnahmequelle?“ zur 81. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 12. November 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen spielen landeseigene Flächen eine zentrale Rolle. Zuständig für deren Bewirtschaftung ist unter anderem der Landesbetrieb Wald und Holz NRW, der geeignete Standorte für Windenergieprojekte freigibt. Anstatt diese Flächen eigenständig zu vermarkten oder selbst an der Erzeugung von Windstrom mitzuwirken, hat sich die Landesregierung entschieden, den Vermarktungsprozess über den externen Dienstleister Caeli Wind abzuwickeln. Caeli Wind betreibt eine digitale Plattform, die als Marktplatz für Windpotenzialflächen fungiert. Das Unternehmen analysiert und bewertet geeignete Standorte, organisiert die Kommunikation zwischen Flächeneigentümern und Projektentwicklern und begleitet die Vermarktung bis zum Abschluss von Gestattungsverträgen.

In der Praxis ist die genaue Vergabepaxis bislang nur eingeschränkt nachvollziehbar. Unklar bleibt, nach welchen Kriterien die Auswahl der erfolgreichen Bieter erfolgt und in welchem Verhältnis wirtschaftliche Aspekte zu anderen Zielen wie regionaler Wertschöpfung, Beteiligung oder Nachhaltigkeit stehen. Der Eindruck besteht, dass vor allem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber eine zentrale Rolle spielt. Dies kann dazu führen, dass sich hohe Pachtgebote von bis zu 30 Prozent

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



zunehmend als ausschlaggebender Faktor etablieren, was sich wiederum auf die Wirtschaftlichkeit der Projekte und letztlich auf die Stromgestehungskosten auswirken kann. Dies hat der Bund erkannt: die Deckelung der Pachten ist im Koalitionsvertrag festgehalten worden, um die Kosten der Energiewende nicht weiter zu treiben. Die schwarz-grüne Landesregierung scheint dies nicht zu kümmern. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das Land über die Verpachtung der eigenen Flächen für die Windkraft weniger dem Interesse des maximalen Ausbaus der erneuerbaren Energien Rechnung trägt als dem fiskalischen Interesse einer Einnahmenmaximierung durch Pachten.

Die Energiepreise sind seit längerem ein beherrschendes Thema. Die Akzeptanz der Energiewende und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen hängen davon ab, dass die Kosten für Stromproduktion und Netzausbau im Rahmen bleiben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die derzeitige Praxis der Flächenvermarktung den energie- und wirtschaftspolitischen Zielen des Landes entspricht. Zudem ist zu klären, inwiefern durch die bestehenden Verfahren kleinere und kommunale Akteure mit geringeren finanziellen Spielräumen im Wettbewerb um landeseigene Flächen benachteiligt werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen in einem schriftlichen und mündlichen Bericht:

1. Welchen Anteil haben die Flächen des Landesbetriebs Wald und Holz NRW an den in den Regionalplänen ausgewiesenen Flächen für die Nutzung von Windenergie, wie viele dieser Flächen sind bereits verpachtet und wie viele stehen aktuell noch für künftige Windenergieprojekte zur Verfügung?
2. Warum hat sich die Landesregierung dafür entschieden, die Vermarktung landeseigener Flächen für Windenergie über den externen Dienstleister Caeli Wind abzuwickeln, anstatt den Landesbetrieb Wald und Holz NRW selbst mit dieser Aufgabe zu betrauen?
3. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Landesregierung gegen eine eigenständige Vermarktung der Flächen oder gegen Modelle, bei denen Wald und Holz NRW selbst als Betreiber von Windenergieanlagen auftritt?
4. Welche vertraglichen Vereinbarungen bestehen zwischen Wald und Holz NRW und Caeli Wind, und in welchem Umfang liegt die



- Entscheidungshoheit über die Vergabe der Flächen bei dem Dienstleister?
5. Welche Vermittlungsprovision erhält Caeli Wind bei einer erfolgreichen Flächenvermittlung, und wie steht diese im Verhältnis zu den Investitionskosten der jeweiligen Projekte?
 6. Nach welchen Kriterien werden die Bewerberinnen und Bewerber im Rahmen der Ausschreibungen ausgewählt, und wie werden dabei wirtschaftliche, ökologische und regionale Aspekte gewichtet?
 7. Wer führt die Verhandlungen über die Höhe der Pachtzahlungen – der Landesbetrieb Wald und Holz NRW oder die Vermarktungsplattform Caeli Wind?
 8. Wie hoch sind die durchschnittlichen Pachtkosten auf landeseigenen Flächen, die über Caeli Wind vermittelt wurden – auch im Vergleich zu nicht landeseigenen Flächen vergleichbaren Flächen?
 9. Wie bewertet die Landesregierung den Einfluss hoher Pachtkosten auf die Stromgestehungskosten und damit auf die langfristige Wirtschaftlichkeit von Windenergieprojekten in Nordrhein-Westfalen?
 10. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Vergabepaxis bei der Vermarktung landeseigener Flächen für Windenergie im Hinblick auf die Beteiligungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen, kommunaler Akteure und Bürgerenergiegesellschaften?
 11. Wie bewertet die Landesregierung die Vereinbarkeit der derzeitigen Vergabepaxis mit den energiepolitischen Zielen des Landes, insbesondere mit Blick auf Preisstabilität, regionale Wertschöpfung und gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende?
 12. Wie beurteilt und verfolgt die Landesregierung die Option, durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) eigene oder landeseigene Flächen für den Betrieb erneuerbarer Energieanlagen zu nutzen, um den Strombedarf der Landesliegenschaften nachhaltig zu decken?

Mit freundlichen Grüßen

André Stinka MdL

**SPD-FRAKTION IM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

ANDRÉ STINKA*MDL
Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

0211.884-2877
andre.stinka@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

Düsseldorf, 25. November 2025

Berichts-anfrage zum Thema „Streit um den Emissionshandel: wird der Chemie- und Raffineriepakt Opfer grüner Wirtschaftspolitik?“ zur 83. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 10. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die wirtschaftliche Lage für die chemische Industrie und die Raffineriestandorte im Land ist äußerst kritisch. Bereits im März brachte die SPD-Landtagsfraktion daher die Nöte und Perspektiven der Raffinerien und der Verbundstandorte auf die politische Agenda und forderte die Landesregierung auf, eine politische Transformationsstrategie für die Raffinerien und die angegliederte Chemieindustrie noch in diesem Jahr vorzulegen. Das am 6. November beschlossene und am 11. November veröffentlichte Beschlusspapier des sogenannten Chemie- und Raffineriepakts¹ der Landesregierung mit Gewerkschafts- und Branchenvertretern steht am Ende eines in Folge unseres Antrags gestarteten Strategiedialogs der Landesregierung, erfüllt diese Anforderungen qualitativ jedoch nur unzureichend. Daher sind die Inhalte im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren.

Den Standort der Ruhr Oel GmbH in Gelsenkirchen hatte BP zum Verkauf gestellt – hier droht im schlimmsten Fall die Abwicklung mit gravierenden Folgen für die Versorgungssicherheit und für die angebundene chemische Industrie, für mindestens 5.000 Arbeitsplätze. Bis zum Jahresende sollte ein Investor gefunden werden. Die

1

https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/chemie_und_raffineriepakt_nrw_071125_m_unterzeichnen.pdf [24.11.2025].



spdfraktionnrw



spd_fraktion_nrw

SPD-FRAKTION.NRW



Landesregierung war aufgefordert, sich in diesem Verkaufsprozess für einen Investor aktiv einzubringen und den Standort zu sichern. Das Jahresende steht nun bevor. Auch hier gilt es seitens der Landesregierung die eigenen (unterbliebenen) Aktivitäten zu erläutern.

Die SPD-Fraktion hat von einem solchen Raffinerie-Pakt ambitioniertere politische Schritte erwartet. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Ministerin Neubaur nun im vorliegenden Raffineriepakt beispielsweise fordert, das Sondervermögen des Bundes für industriellen Infrastrukturaufbau zu nutzen. Währenddessen sieht das Land bei den 100 Milliarden Euro, die es aus eben jenem Sondervermögen erhält, Quoten für Bildung und energetische Sanierung vor. Industriellen Infrastrukturaufbau ist höchstens eine Randnotiz. Im Pakt ist von Mitteln für den Wasserstoffhochlauf die Rede, doch im Haushaltsentwurf 2026 kürzt die Landesregierung die Mittel für Klimaschutz und Energiewende um 87 Millionen Euro. Fraglich ist, wie der Chemiepakts und das Handeln der Landesregierung zusammenpassen.

Schließlich steht die Gültigkeit des Chemie- und Raffineriepakts insgesamt in Frage, wenn man die öffentlichen Debattenbeiträge der letzten Tage aus Partei- und Fraktionskreisen der Grünen betrachtet. Wie die WAZ berichtete², wird der Chemie- und Raffineriepakt von der Landespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Landtagsfraktion der Grünen in weiten Teilen abgelehnt. Die Beschlüsse der Grünen beim Landesparteirat am 16. November hatten die Distanzierung der Partei von ihrer eigenen Regierungspolitik offengelegt. Konfliktpunkte sind der Chemieindustrie in Aussicht gestellte mögliche Anpassungen des Emissionshandels für CO₂-Zertifikate auf europäischer Ebene (ETS I). So schreibt der WDR, Ministerin Neubaur habe „der Industrie Maßnahmen versprochen, die einem früheren Beschluss der Regierungsfaktionen widersprechen – und die ihre Partei ihr kurz danach verboten hat.“³ Ministerin Neubaur lässt im Pakt festhalten, dass die Industrie auch nach 2039 noch Emissionszertifikate benötige, obwohl dann deren Auslaufen vorgesehen ist. Die freie Zuteilung von Verschmutzungszertifikaten solle auf gleichem Niveau wie bisher auch noch nächstes Jahr verlängert werden, statt abzusinken. Die Anerkennung internationaler Zertifikate im EU-Emissionshandel sei auch eine Option.

Genau gegen diese drei Punkte jedoch wandte sich ein Antrag auf dem Landesparteirat der Grünen.⁴ Dieser Antrag aus der Parteibasis wurde in der Beschlussfassung abgeschwächt. Doch die Widersprüche bleiben: nach wie vor sollen internationale Zertifikate „auf keinen

² Printausgabe vom 21.11.2025, S. 2; digital vom 20.11. unter:

<https://www.waz.de/politik/article410504919/offensichtliche-widersprueche-gruene-hadern-weiter-mit-neubaus-chemiepakt.html> [21.11.2025].

³ unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/chemiepakt-gruene-104.html> [21.11.2025].

⁴ <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/lpr25/motion/94588> [21.11.2025].



Fall in den ETS gelangen dürfen“. „Ideologisch getriebene Angriffe“ auf den Emissionshandel werden als Schaden für die NRW-Wirtschaft bezeichnet. Der Emissionshandel müsse auf seinem „grundsätzlichen Pfad“ bleiben, die EU solle dieses Klimaschutzinstrument mit Unterstützungsmaßnahmen für die Industrie flankieren⁵, während Ministerin Neubaur sich im Chemie- und Raffineriepakt für eine Reformierung des Instruments einsetzt.

Schließlich besteht ein offener Widerspruch beim Thema der CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS): im Chemie- und Raffineriepakt ist vorgesehen, dass „unvermeidbare und technisch wie wirtschaftlich schwer vermeidbare“ Emissionen verpresst werden sollen, während Schwarz-Grün laut WDR nur technisch unvermeidbare Emissionen als Anwendungsfall sah. Parteiintern sei davon die Rede, so die WAZ, „dass nun niemand mehr wisse, wohin man eigentlich wolle.“ Der WDR schreibt weiter: „Nichts ist gelöst. Im Gegenteil. Partei- und Regierungspolitik der NRW-Grünen werden nun sogar noch weiter auseinanderdriften.“ Das zieht die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der Landesregierung in dieser Wirtschaftskrise in Zweifel. Ministerin Neubaur hatte in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 12. November eine Bundesratsinitiative angekündigt, um die Maßnahmen des Chemie- und Raffineriepakts voranzutreiben.

Die Landesregierung wird daher gebeten zu erläutern, welche Bestandskraft mit der Wirtschaft geschlossene Vereinbarungen haben und mit welchen Maßnahmen die 100.000 Beschäftigten der chemischen Industrie im Land seitens der Landesregierung alsbald rechnen dürfen. Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion um einen schriftlichen und mündlichen Bericht, der auf folgende Fragen vertieft eingeht:

1. Ministerin Neubaur kündigte im Wirtschaftsausschuss am 12. November eine Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens an, die auf die Umsetzung des Chemie- und Raffineriepakts zielen solle. Wann wird diese Bundesratsinitiative eingebracht werden und welche konkreten Maßnahmen soll sie beinhalten?
2. Welche Umsetzungsmaßnahmen des Chemie- und Raffineriepakts nimmt die Landesregierung in ihrem Verantwortungsbereich landespolitisch in Angriff?
3. Setzt sich die Landesregierung für CCS-Anwendungen nur bei „technisch unvermeidbaren“ oder auch bei „wirtschaftlich oder technisch schwer vermeidbaren“ Emissionen ein?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Klimaschutzinstrument des Emissionshandels I für Energiewirtschaft und Industrie (EU-ETS I) hinsichtlich der

⁵ <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/lpr25/stoppt-die-angriffe-auf-den-europaischen-green-deal-49132> [21.11.2025].



- aktuellen wirtschaftlichen sowie klimapolitischen Bilanz der CO₂-Reduktion und der Investitionsanreize in die Transformation?
5. Die Treibhausgas-Emissionen sind zwischen 1990 bis 2024 industrieseitig deutschlandweit um 45 Prozent reduziert worden. In der Landwirtschaft gingen die Emissionen im gleichen Zeitraum nur um 27 Prozent zurück, im Verkehrssektor sogar nur um 12 Prozent. Rechtfertigt diese Bilanz für die Landesregierung in der akuten wirtschaftlichen Notlage einen größeren Handlungsspielraum für die energieintensive Industrie?
 6. Sieht die Landesregierung industriefreundliche Anpassungen im EU-ETS für zielführender an, um die Wirtschaft zu unterstützen, oder aber flankierende Maßnahmen neben dem ETS?
 7. Inwiefern wird sich die Landesregierung für europäische Anpassungen am EU-ETS I aktiv einsetzen, insbesondere hinsichtlich
 - a. der freien Zuteilung von Zertifikaten auf dem aktuellen Niveau auch im Jahr 2026 und darüber hinaus,
 - b. einer zeitlichen Streckung des Emissionshandels über das Jahr 2039 hinaus?
 - c. einer Anpassung des Reduktionspfades der freien Zertifikate?
 - d. der Einbeziehung internationaler Zertifikate in den ETS?
 - e. einer temporären Aussetzung des ETS I für energieintensive Industrie im Gegenzug zu Klimaschutzanstrengungen und gesteigerten Investitionen?
 8. Auf dem aktuellen Pfad droht nach aktuellen Berechnungen eine Klimaerwärmung um etwa 2,8 Grad Celsius bis 2100. Welche klimapolitischen Zusagen kann die Landesregierung von der Industrie im Gegenzug zu in Aussicht gestellten Lockerungen beim EU-ETS vorweisen?
 9. Immer weitere Standortschließungen der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen werden angekündigt. Welche Vereinbarungen zur Standort- und Arbeitsplatzsicherung hat die Landesregierung im Chemie- und Raffineriepakt getroffen, um sich im Gegenzug für Lockerungen beim EU-ETS einzusetzen?
 10. Laut industriepolitischen Leitbild der Landesregierung aus dem Jahr 2025 liegt die Investitionsquote der Industrie in NRW bei 17 Prozent, deutschlandweit bei 21 Prozent. Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Landesregierung unterstützen, die Investitionsquote zu steigern?
 11. Welcher Anteil der Mittel aus dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen, das die Landesregierung unter dem Label „NRW-Plan für gute Infrastruktur“ führt, ist in welcher Weise für industriedienliche Infrastruktur vorgesehen?
 12. Wie stellt sich der Verkaufsprozess der Ruhr-Oel-GmbH-Raffinerie in Gelsenkirchen aus Sicht der Landesregierung nun zum Jahresende dar und welche Schritte hat sie unternommen, um einen Fortbestand der Raffiniere zu sichern?



Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'André Stinka'.

André Stinka
